

Wöchentlich 50 Pf., monatlich 1,50 M.
Im voraus zahlbar. Postbezug 4,25 M.
einschließlich 60 Pf. Postgebühren und
72 Pf. Postfortschreibungsgebühren. Kassenab-
onnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Kampf“, illustrierte Beilagen „Wort
und Bild“ und „Kinderfreund“, „Heim-
unterhaltung und Wissen“, „Brenn-
punkt“, „Lohn“, „Bild in die
Küchennut“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Freitag
22. Februar 1929
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Nonpareilgröße
80 Pfennig, Restgröße 5.— Reichs-
mark. „Kleine Anzeigen“ des ein-
gedruckten Wert 25 Pfennig (schlief-
lich zwei getrennte Werte), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellenangebote das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Einzelmarkt
Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für
Abonnement Zeile 40 Pfennig. Anzeigen-
annahme im Hauptgeschäft, Linden-
straße 3, wochentlig, von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Köndolf 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Volksfr. 66 Diskonto-Gesellschaft, Depositenkass. Lindenstr. 3

Die Volkspartei will sparen.

Ein unmöglicher Antrag. — Schlechtes Zeichen für die Finanzreform.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volks-
partei hat am Donnerstag zur Frage der Gestaltung des
Reichshaushalts folgenden Beschluß gefaßt:

1. Der Haushalt muß ohne neue Steuern ausgeglichen werden.
 2. Um dies zu erreichen, ist der Haushalt um rund 380 Mil-
lionen zu entlasten.
 - a) Von dieser Gesamtsumme sind rund 200 Millionen durch Ab-
striche im ordentlichen Haushalt 1929 zu ersparen.
 - b) Angesichts der Finanznot des Reiches und der Ueberlastung
der Wirtschaft ist auch in Ländern und Gemeinden größte
Sparbarkeit unabweisbar. Wir halten es für unbedingt er-
forderlich, daß die den Ländern auf Grund bestehender Vorschriften
zustehenden Beträge aus den Ueberweisungssteuern nicht nur um
die von der Regierung vorgeschlagenen 120 Millionen, sondern
um 300 Millionen gekürzt werden, zumal die Länder
trotz dieser Kürzung noch immer erheblich mehr erhalten, als die
ihnen gewährleistete Mindestsumme von 2600 Millionen. Da eine
Erhöhung der Realsteuern dem Zwecke der Ersparnismaßnahme
widersprechen würde, so sind geeignete Vorkehrungen gegen solche
Erhöhungen zu treffen.
 3. Nicht nur aus steuerlichen, sondern vor allem aus wirtschafts-
politischen Erwägungen heraus fordern wir die steuerliche Gleich-
stellung der Betriebe der öffentlichen Hand mit denen der Privat-
wirtschaft.
- Es ist eine starke Zumutung der Deutschen Volkspartei
an die Öffentlichkeit, an den Ernst ihres Beschlusses zu
glauben. Denn nach in diesen Tagen hat sie die Reichs-
regierung aufgefordert, ein Kleinrentnerversorgungsgesetz

vorzulegen, dessen Kosten auf hunderte von Millionen Mark
jährlich geschätzt werden. Außerdem trat sie noch in den letzten
Tagen dafür ein, daß Subventionen an Industrie-
unternehmungen in Höhe von etlichen 20 Millionen
bewilligt werden.

So sieht die Einleitung einer großen
Sparaktion aus! Man kann inselgedessen wohl ohne
weiteres annehmen, daß die Forderung der Deutschen Volks-
partei nach Abstrichen in Höhe von 200 Millionen nichts
anderes bedeutet, als eine Verkürzung der für soziale Zwecke
im Etat vorgesehenen Mittel. Dieselbe Wirkung aber würde
die Durchführung der volksparteilichen Forderung haben,
das Reichsdefizit durch eine wesentliche Kürzung der Ländern
und Gemeinden zustehenden Beträge zu decken. Auch die Ein-
führung der Steuerpflicht für öffentliche Unternehmungen
geht auf Kosten der Länder und Gemeinden und der Masse
der Bevölkerung. Wenn die Deutsche Volkspartei fordert,
daß der Haushalt ohne Steuern ausgeglichen werden muß,
so wollen wir ihr durchaus nicht im Wege stehen, sobald sie
zeigt, wie das gemacht werden kann. Auf den Wegen, die
in ihrem Beschluß angedeutet werden, geht das nicht, und
wir können uns nicht vorstellen, daß eine Einigung über den
Etat möglich ist, wenn die Deutsche Volkspartei auf diesen
Forderungen besteht.

Auch die Sozialdemokratie wünscht, daß im Reichshaushalt
Ersparnisse gemacht werden, aber nicht auf Kosten
der Fürsorge für diejenigen Volksschichten, deren
Arbeitsfähigkeit und Existenz nur durch die Unterstützung der
Allgemeinheit zu erreichen ist. Jede antisoziale Sparmaßnahme
wird bei der Sozialdemokratie auf Widerstand stoßen.

Hilfe für die Bauern.

Die Massenbelastung kann es nicht schaffen.

Der ehemalige Reichsernährungsminister Schiele führt
seit Tagen die Reichslandbundmannen zum neuen Sturm
gegen die Reichsregierung. Er findet dabei die Unterstützung
der katholischen Bauernvereine. Schielles Weisheit gipfelt in
der unerhörten Behauptung, die gegenwärtige Reichsregie-
rung habe für die Landwirtschaft nichts getan und habe für
die Landwirtschaft nichts übrig; insbesondere wird der
jetzige Reichsernährungsminister Dr. Dietrich hart angegriffen.

Dr. Dietrich wird das nicht allzu tragisch nehmen. Er
ist in der glücklichen Lage, auf Erfolge verweisen zu können.
Ihm wird auch jeder Unparteiische bezeugen, daß während
seiner Amtstätigkeit positiver gearbeitet worden ist als zur
Zeit seines Vorgängers Schiele. So hat Dr. Dietrich das
von seinem Vorgänger Schiele übernommene landwirtschaftliche
Notprogramm auf wesentliche, baldigen Erfolg ver-
sprechende Gebiete erweitert. Es scheint uns aber, als ob der
gegenwärtige Ernährungsminister dabei sei, allzusehr
den Forderungen der Reichslandbund-
führer entgegenzukommen. Ist es zum Beispiel
wahr, daß sich der gegenwärtige Reichsernährungsminister
mit dem Gedanken trägt, die Viehzölle den Fleisch-
zöllen anzupassen? Hat man im Reichsernährungs-
ministerium in letzter Zeit nicht auch wieder den Plan er-
örtert, die veterinärpolizeilichen Bestimmungen
für die Einfuhr von Innereien bedeu-
tend zu verschärfen? Man will wissen, daß sich der
Reichsernährungsminister Plänen zugänglich zeigt, die auf
eine direkte oder eine verkappte Zollerhöhung
hinauslaufen. Zwar lehnt der Minister eine Aushebung der
zollfreien Gefrierfleischkontingente ab; andererseits soll er
aber entschlossen sein, die Erhöhung der Speck- und
Schmalz zölle beim Reichskabinett zu befürworten. Sie
sollen auf den Stand der Schwedenzölle gebracht werden,
was eine Zollsteigerung um 4 M. pro Doppelzentner aus-
macht. In einer Reichsausgleichsgebühr für Weizeneinfuhr
droht ein neuer Zoll.

Begründet werden diese Maßnahmen, mit denen sich
das Reichskabinett bald zu beschäftigen haben wird, mit der
Notwendigkeit, die Einnahmen der landwirtschaftlichen Er-
zeuger für ihre Produkte zu steigern. Wir sind aber
der Meinung, daß diese Notwendigkeit verneinen, müssen uns aber aus-
sprechen, ohne daß man den Massen die
Lebenshaltung verteuert. Der Reichsernährungs-
minister kann das für seine Pläne nicht in Anspruch
nehmen. So handelt es sich zum Beispiel bei der Einfuhr
von Innereien bis zu 80 Proz. um den Inmoort dänischer
Leber. Sie wird in Deutschland zu Leberwurst verarbeitet,
also zur billigsten Wurst, die für den Konsum der Massen in
Frage kommt. Es handelt sich auch um so große Quantitäten,
wie sie die deutschen Schlachtungen niemals liefern
können. Eine Erhöhung der Zölle bedeutet also nur eine
direkte Belastung der Massen. Dabei liegt kein Grund für
einer Verschärfung der veterinärpolizeilichen Bestimmungen
vor. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland zum Bei-
spiel 20 Erkrankungen infolge Genußes von Leberwurst fest-
gestellt. In keinem Fall hat man dabei nachgewiesen, daß
eingeführte Leber schuld daran war.

Ähnlich liegt es bei Speck und Schmalz. Das
ausländische Schmalz kostete beinahe ausschließlich im Durchschnitt
des Jahres 1928 in Berlin rund 77 Pf., das inländische aber
110 M. Wenn man nun durch Zollerhöhung das auslän-
dische Schmalz um einige Prozent verteuert, wird kein Mensch
das zum Anlaß nehmen, das weit teurere inländische Schmalz
zu kaufen. Der inländische Schmalzpreis würde auch wohl
kaum davon berührt werden, womit die Absicht, die land-
wirtschaftlichen Erzeugerpreise zu steigern, glatt ins Wasser
fiel. Die Landwirtschaft hat also nichts von
solchen Zollmaßnahmen. Die breite Masse wird
aber belastet, denn die Zollerhöhung steigert ja den Preis
für das ausländische Produkt. Man soll auch nicht ver-
gessen, daß die Einfuhr von ausländischem Speck und
Schmalz in den letzten Jahren dauernd zurückgegangen ist.

Der Gedanke, die landwirtschaftlichen Preise auf eine
Höhe zu stabilisieren, daß der Produzent mit ihnen bestehen
kann, hat alles für sich. Man muß diesen Gedanken aber
auch konsequent verfolgen. Was Dr. Dietrich in
seinem Ministerium hat ausarbeiten lassen, scheint sich in
Halbheiten zu erschöpfen. Es klingt überzeugend,
wenn man im Reichsernährungsministerium ausgerechnet
hat, daß man den Milchpreis nur um einen
Pfennig pro Liter zu steigern brauche, um der
Landwirtschaft zusätzliche Einnahmen in Höhe von 180 Mil-
lionen Mark zu verschaffen. Die Frage ist aber die,
wer diesen Pfennig bezahlt. Werden die Massen
damit belastet, so ist der Landwirtschaft nicht geholfen, denn
der erhöhte Preis wird den Milchverbrauch verringern. Wir
haben das ja in den letzten Wochen gesehen, wo infolge der
vermehrten Kosten für Feuerung usw. der Milch- und der

Fortsschritte in Paris.

Deutschlands Methoden Anregungen durchgedrungen. Kommissionsberatungen über Transferproblem und Wohlfahrtsindex.

Paris, 21. Februar. (Eigenbericht.)

Die Experten-Konferenz hat am Donnerstag keine
Sitzung abgehalten, weil der am Dienstag eingeleiteten Fünfer-
kommission Gelegenheit gegeben werden sollte, ihre Beratun-
gen zu Ende zu führen und der Konferenz konkrete Vorschläge zu
unterbreiten. Wenn auch über die einzuschlagende Prozedur eine
restlose Einigung noch nicht erzielt ist, so hat doch die Diskussion
in den letzten 24 Stunden nicht unbeträchtliche Fortschritte
gemacht. Dem deutschen Delegierten ist es gelungen, den von ihnen
vertretenen Standpunkt zur Geltung zu bringen, daß man un-
möglich auf dem Wege des Ruhandels zu einer Festsetzung
der deutschen Zahlungsverpflichtung gelangen kann und es deshalb
keinen Zweck hat, schon jetzt bestimmte Ziffern in die Debatte zu
werfen. Die Konferenz hat sich demgemäß, wenigstens im Prin-
zip, mit der von den Deutschen empfohlenen Methode einver-
standen erklärt, die durch eine vorherige Klärung aller für die
Höhe der deutschen Leistungen maßgebenden Faktoren vorbereiten
woll. — Man ist ferner darüber einig geworden, als wichtigste
von diesen Vorfragen das Transferproblem und den im
Dawes-Plan vorgesehenen Wohlfahrtsindex in Angriff zu
nehmen. Um Zeit zu sparen, ist die ursprünglich nur mit Prozedur-
fragen befaßte Fünferkommission, der, außer Ausschluß Amerikas
und Japans, die europäischen Länder angehören, ersucht worden, sich
auch dieser Aufgabe zu unterziehen. Sie soll Freitag dem Plenum
über die Ergebnisse ihrer Beratungen Bericht erstatten.

keine Mehrheit mehr, und wenn nicht die besondere Artigkeit der
Kammer wäre, so würde das Kabinett auch ohne jeden Tag an
der Haltung der Kommissionen seine wahre Lage erkennen. Es
muß Niederlage auf Niederlage einheimsen, und es
dürfte die Zuversicht des Ministerpräsidenten nicht erhöhen, daß
aus den Reihen seiner eigenen Mehrheit immer
heftigere Angriffe gegen ihn gerichtet werden. So wählte
der Rechtsausschuß ostentativ seinen Vorsitzenden wieder, der wegen
eines Konfliktes mit der Regierung in der Frage der Justizverwal-
tungsreform zurückgetreten war. In der Verwaltungskommission
unternahm der rechtsstehende Abgeordnete Wandel einen Vorstoß
gegen verschiedene Sparmaßnahmen der Regierung, während ein
anderes Mitglied der Majorität, der Abgeordnete Herard, in der
auswärtigen Kommission unumwunden erklärte, die Zu-
sammensetzung der Kongregationen in der von der Regierung vor-
geschlagenen Form stehe zum Geiste der Valengegesetzgebung in
offenem Widerspruch.

In den Wandelgängen der Kammer wird der Regierung
keine lange Zeit mehr

gegeben. Immerhin wird sie sich über die Dauer der Re-
parationsverhandlungen hinweg noch halten können, wenn
sie darauf verzichtet, bei jeder Gelegenheit die Vertrauensfrage zu
stellen. Daß das inzwischen berühmt gewordene Trou-Sur-Mer,
das französische Postemittel, sein seit dem Jahre 1926 aufgehobenes
Bericht wiederhaben soll, wird das Kabinett nicht zu Fall bringen.
Barthou läßt bereits mit sich handeln, und man feilscht zwischen
Regierung und Majorität noch um einige 50 Gerichte.

Aufstand in Venezuela.

Schärfste Nachrichtenperre.

Havanna, 21. Februar.

Ueber Venezuela ist strenge Nachrichtenperre ver-
hängt, jedoch Meldungen aus Bogota (Kolumbien) bestätigen, daß
nach dem Attentat auf den Präsidenten Gomez eine revolu-
tionäre Bewegung unter Leitung des Generals Urdano
Cedeno ausgebrochen ist. Die Rebellen sollen auf dem Marsch
nach der venezolanischen Hauptstadt Caracas sein.
Der in Havanna weilende Vertreter des aufständischen Generals,
Laguado, behauptet, daß die Rebellen überall siegreich seien;
direkte Meldungen aus Caracas liegen nicht vor.

Poincarés Mehrheit — eine Minderheit

Nachträgliche Berichtigungen von Stimmabgaben.

Paris, 21. Februar. (Eigenbericht.)

Als das Abstimmungsergebnis der Kammerdebatte am
letzten Dienstag bekannt wurde, erklärte Innenminister Lardie
in den Wandelgängen der Kammer, das Ministerium Poincaré könne
sehr gut mit sechs Stimmen Majorität regieren. Das Ministerium
Combes habe vor dem Krige sogar dreißig Monate lang mit vier
Stimmen Majorität regiert. Combes, der Vater der Volenge-
setzung, muß aber schließlich gewesen sein; denn die Majorität
Poincarés wurde am nächsten Tage

auf drei Stimmen berichtigt,

und vier Abgeordnete, die für ihn gestimmt hatten, erklärten, sie
hätten sich eigentlich der Stimme enthalten wollen.

In Wirklichkeit besitzt also das Ministerium Poincaré überhaupt

Butterverbrauch der breiten Masse stark abnahm. Wie sich eine Preiserhöhung aber auf die Landwirtschaft auswirken müßte, geht wohl am besten aus der Tatsache hervor, daß allein eine Steigerung der deutschen Milchproduktion um 10 Proz. der deutschen Landwirtschaft zusätzliche Einnahmen von 400 Millionen Mark einbringt. Wenn man die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise erhöhen will, so kann man das nicht auf Kosten der breiten Massen machen.

Mahnahmen auf diesem Gebiet versprechen nur Erfolg, wenn die Profite des Handels verringert werden und die Einsparung im Handel den landwirtschaftlichen Erzeugern zugute kommt. Hier liegen die Reserven für eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise. Der Landwirt bekommt für seine nach Berlin gelieferte Milch 16 Pf. pro Liter, der Konsument muß sie mit mindestens 34 Pf. bezahlen. Kein Mensch wird behaupten, daß dieser Zuschlag von über 100 Proz. gesund ist.

Die Handelspanne ist aber das heiße Eisen, das weite Kreise in der Landwirtschaft und allem Anschein nach auch der gegenwärtige Reichsernährungsminister nicht anfassen wollen. Monatlang wurde nun über den Weizenpreis debattiert. Fest steht, daß die gegenwärtigen Preise den Weizenbau in Deutschland gefährden. Den richtigen Weg zur Erhöhung der Erlöse weist hier der sozialdemokratische Vorschlag einer Weizeneinfuhrkontingentierung. Aus allen politischen Lagern ist in den letzten Wochen bestätigt worden, daß es keinen anderen Weg gibt, um über die Katastrophen auf dem Getreidemarkt hinwegzukommen. Der Ernährungsminister will aber „die Gefahr einer Kontingentierung vermeiden“. Deshalb stäubelt man mit dem Plan einer Reichsausgleichsgebühr für die Weizeneinfuhr. Diese Reichsausgleichsgebühr wird in der Praxis eine Grenzabgabe sein, die mit dem Einfuhrweizenpreis den inländischen Weizenpreis überhaupt auf den Stand des Einfuhrweizens erhöht. Die Reichsausgleichsgebühr ist also ein verkappter Weizenzoll. Da die Brotpreise bekanntlich mit den sinkenden Getreidepreisen nicht fallen, mit steigenden Getreidepreisen aber sofort steigen, hätten die breiten Massen den zusätzlichen Zoll voll zu zahlen. Dagegen wird auch die von Dr. Dietrich vorgeschlagene Sicherung, wonach die Reichsausgleichsgebühr wegfällt, wenn der Weizenpreis eine bestimmte Höhe überschreitet, wirkungslos bleiben.

Aus rein volkswirtschaftlichen Erwägungen kann nur eine Steigerung der landwirtschaftlichen Erlöse in Frage kommen, die zu Lasten der Handelspanne geht. Sonst wird der Verbraucher schwer belastet, ohne daß dem Bauern genügt wird.

Um Trozki.

Bestarps plumper Einmischungversuch.

Als Vorsitzender der deutschnationalen Reichstagsfraktion hat Graf Bestarp an den Reichstanzler folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichstanzler! Namens der deutschnationalen Reichstagsfraktion lege ich im Anschluß an die Pressemitteilungen, wonach das Kabinett über eine Einreiseerlaubnis des Russen Trozki Beschlüsse fassen wird, gegen die Erteilung der Einreiseerlaubnis Einspruch ein. Nach den Erfahrungen, die hinsichtlich des Einflusses russischer kommunistischer Führer auf die inländische revolutionäre Bewegung gemacht worden sind, ist anzunehmen, daß durch den Aufenthalt Trozki und durch seine Tätigkeit in Deutschland die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährdet werden würde.

Mit vorzüglicher Hochachtung.

Graf Bestarp, Vors. der deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Graf Bestarp spricht von den Erfahrungen, die man in Deutschland mit russischen kommunistischen Führern gemacht habe. Meint er etwa die Erfahrungen mit Kadei im Jahre 1923, als Rechtsradikale und Kommunisten gemeinsam gegen die demokratische Republik wühlten, unter der wohlwollenden Duldung der deutschnationalen Bankrotteure? Selbst in dieser wilden Zeit des Ruhrkampfes ist die preussische Staatsregierung mit dieser Agitation fertig geworden. Unter den heutigen Verhältnissen wäre erst recht keine russisch-revolutionäre Propaganda mehr zu fürchten, zumal Trozki als Feind der Sowjetregierung aus Rußland verbannt worden ist und seine engere Anhängerschaft, die Urbahn-Maslow-Gruppe insgesamt rund 80 000 Stimmen bei den letzten Wahlen erhalten hat.

Dagegen hat Deutschland mit russisch-weißgardistischen Elementen, die sich der besonderen Protektion der Bestarp-Partei erfreuen, solche üblen Erfahrungen auf allen Gebieten gemacht, daß das Schreiben des deutschnationalen Führers eine besondere Dreistigkeit darstellt. Nachdem man den Awalow-Bermond, dem Zarenpräsidenten Kryll und den übrigen gegenrevolutionären Emigranten, die einst als zaristische Offiziere und Diplomaten gegen Deutschland kämpften und heften, das Asylrecht in vieldiebstaltiger Weise gewährt hat, wäre eine Zurückweisung des verbannten Trozki keine deutsche Ruhmestat.

Ein wirkliches Interesse an der Zurückweisung Trozki hat lediglich der K.P.D.-Zentrale. Dagegen stellt das Schreiben Bestarps nur einen plumpen Versuch dar, im Trüben zu fischen.

Trozki hofft auf Frankreich.

Konstantinopel, 21. Februar. (Eigenbericht.)

Trozki richtete an den Vertreter der kommunistischen Linksopposition in Paris, Boris Souvarine ein Telegramm, in dem er bittet, ihm die Möglichkeit der Einreise nach Frankreich zu verschaffen.

Hierzu meldet die Tel-Union aus Konstantinopel: Der französische Kommunist Souvarine telegraphierte Trozki, daß die französische Regierung und namentlich das Außenministerium sich gegen die Einreise Trozki ausgesprochen habe. Souvarine rät Trozki nicht an, ein Einreisevisum nach Frankreich zu beantragen, sondern vielmehr, sich nach Norwegen zu wenden, wo die größten Aussichten für eine Einreiseerlaubnis seien.

Trozki keine Gefahr.

London, 21. Februar.

Der „Manchester Guardian“ gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Regierung dem russischen Trozki keinen Schaden nicht zufügen, da er politischen Einfluß nicht besitzt, während Deutschland Trozki viel Gutes antun könne. Die Ablehnung des Antrages würde daher einen Akt der Engherzigkeit und Beschränktheit darstellen.

Justizskandal um Beinert.

Was ein Amtsrichter in Halberstadt für erlaubt hält.

Halberstadt, 21. Februar. (Eigenbericht.)

Der verantwortliche Redakteur des sozialdemokratischen „Halberstädter Tageblattes“ Artur Mollenbuhr wurde am Donnerstag wegen Beleidigung des deutschnationalen Amtsgerichtsrats Dr. Rudolf Beinert-Wernigerode zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der deutschnationale Amtsgerichtsrat veröffentlichte vor nicht allzu langer Zeit eine Broschüre: „Von der politischen Freiheit in der Deutschen Republik“, in der gegen die Richter des Großen Disziplinarssenats beim Kammergericht schwere Vorwürfe erhoben wurden, die von der sozialdemokratischen Presse und von dem Halberstädter Organ der Sozialdemokratie aufgegriffen wurden. Beinert behauptet jetzt, daß er nicht dem gesamten Richterstand Verleumdung habe vorwerfen wollen. Er habe vielmehr lediglich an einige unerfreuliche Erscheinungen gedacht, die sich nach der Revolution eingestellt haben. — In der

Begründung des Urteils

heißt es, daß der deutschnationale Amtsgerichtsrat keinesfalls den Richterstand beleidigt habe. Aus den aus dem Zusammenhang der Broschüre gerissenen Sätzen könne es zwar so klingen, in der Broschüre selbst aber komme die größte Hochachtung vor dem Richterstande zum Ausdruck. Diese Sätze aber habe man wohlweislich unterschlagen. Mit den „Lumpen“ habe Dr. Beinert nur diejenigen Beamten gemeint, die vor ungebil-

deten Menschen, die durch die Revolution emporgetragen wurden, sagbudekten, um bessere Riemer und Posten zu ergattern. Diese Art von Beamten dürften von Beinert mit Recht als „perjudet“ bezeichnet werden. (Perjudet im schlechten Sinne des Boris“ bemerkte der Richter dazu.) Die objektiven Richter könnten sich durch eine derartige Kennzeichnung nicht getroffen fühlen. (Herr Beinert hat in seiner Broschüre die Richter des großen Disziplinarsenats am Kammergericht als prejudet bezeichnet. Red. d. B.)

Der Artikel im „Halberstädter Tageblatt“ enthalte aber nicht nur unwahre Tatsachen, sondern sei auch formell beleidigend. Es sei von Böseleien die Rede. Die Form der Argumente in der Broschüre des Herrn Dr. Beinert sei aber keinesfalls bösehaft. Im Gegenteil: durchaus gesellschaftsfähig.

So weit die Begründung. In der Broschüre hatte Beinert Erzieher als Halunken, Lumpen, gewissenlosen Verbrecher usw. bezeichnet, weswegen das Kammergericht ihn besonntlich verurteilte, indem es ausführte: „Darin liegt schon der Form nach eine äußerst schwere, eines richterlichen Beamten höchst unwürdige Beschimpfung, die um so taktloser ist, als sie über einen durch politischen Ruch gezeichneten Staatsmann ausgesprochen wurde.“

Der Halberstädter Amtsgerichtsrat Dahmen war anderer Anschauung und sah in diesen Bezeichnungen keine Böseleien, resümierte vielmehr, daß die Vorwürfe des Beklagten gegen Beinert eine exemplarische Strafe verdienten.

Natürlich wird gegen dieses eigenartige Urteil Berufung eingelegt.

Koalitions-Besprechungen.

Die Volkspartei lehnt den Vorschlag Otto Brauns ab.

Die Fraktion der Volkspartei des Preussischen Landtages befaßte sich am Donnerstag mit dem Vorschlag des preussischen Ministerpräsidenten, sich mit einem Fachminister und einem Minister ohne Portefeuille an dem Preusentabinett zu beteiligen. Die Fraktion nahm den Vorschlag des preussischen Ministerpräsidenten jedoch nicht an. In einem von ihr herausgegebenen Kommuniqué heißt es, daß die Volkspartei auf zwei Fachminister bestehen müsse. Dieser Beschluß wurde gefaßt, obwohl sich Stresemann für die Annahme des von ihm dem preussischen Ministerpräsidenten unterbreiteten Vorschlages eingesetzt hatte.

Wie sich die Dinge schließlich gestalten werden, ist vorläufig noch ungewiß. Stresemann hat zunächst für Freitag den Vorstand seiner Partei einberufen, um dort die innenpolitische Lage und im Zusammenhang damit den Vorschlag des preussischen Ministerpräsidenten zu besprechen.

Eine Mahnung des Reichstanzlers.

Im Laufe des Donnerstags hatte der Reichstanzler eine Besprechung mit Vertretern der in der Regierung vertretenen Parteien. Außerdem war ein Zentrumsvertreter anwesend. Der Reichstanzler wies auf die zahlreichen Anträge hin, die von Regierungsparteien in der letzten Zeit eingebracht wurden, ohne daß die Parteien untereinander Fühlung genommen hätten. Es handele sich dabei nicht nur um die Anträge zur Sozialversicherung, sondern auch um Kleinrentner- und Siedlungsanträge. Alle Anträge erforderten neue Ausgaben, die angesichts der Finanz- und Wirtschaftslage von der Reichsregierung nicht verantwortet werden können, da Sparmaßnahmen dringend notwendig sei. Die Parteien nahmen von diesen Darlegungen Kenntnis. Zu irgendwelchen Vereinbarungen oder Beschlüssen ist es nicht gekommen.

Fraktionsitzungen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Abend zu einer längeren Sitzung zusammen, in der ein Bericht über die politische Lage entgegengenommen und diskutiert wurde. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. — Bei Beginn der Sitzung wurde dem verstorbenen Abgeordneten Saenger ein warmer Aushruß genötigt.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm am Donnerstagabend u. a. einen Bericht ihres Vorsitzenden, des Abg. Stegerwald, über die politische Lage entgegen. Es wurde festgestellt, daß eine Wenderung nicht eingetreten ist. Der Vorschlag der Deutschen Volkspartei an den preussischen Ministerpräsidenten Brauns, das Zentrum möge sich mit zwei Fachministern und einem Minister ohne Portefeuille, der der Reichsregierung angehört, begnügen, wurde lediglich zur Kenntnis genommen. Die Stellungnahme zu diesem Vorschlag ist Sache der Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages.

Mobilmachung gegen Hochwasser.

Anweisungen zum Schutz der Deiche.

Der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten hat an die Regierungspräsidenten folgenden Erlaß gerichtet:

Um der drohenden Eis- und Hochwassergefahr an den großen Strömen und den übrigen hochwassergefährdeten Flüssen zu begegnen, wollen die Herren Regierungspräsidenten in ihrer Eigenschaft als Deichaufsichtsbehörden vorsorglich alle Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, um bei drohender Gefahr einen wirksamen Deichschutz sicherzustellen. Auf die Ihnen durch § 315 des Wassergesetzes gegebenen Nachmittels weise ich ausdrücklich hin.

Die den Regierungspräsidenten durch Erlaß des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten vom 10. Dezember 1926 beauftragte Anweisung zur Einrichtung des Hochwasser- und Eiswachtdienstes an den Strömen wird in Erinnerung gebracht. Auf ein verständnisvolles Zusammenarbeiten der Deichverwaltungsbehörden mit den Strombauverwaltungen ist überall hinzuwirken. Von einem einseitigen Deichbrüchen bei besonders gefährdeten Eisoberlegungen ist mir telegraphisch Meldung zu machen.

Ich überlasse es den Herren Regierungspräsidenten, insoweit sie es für notwendig erachten, für die Deichverbände, die an Wasserläufen zweiter Ordnung liegen, vorsorgliche Anordnungen zu treffen.

Kol Frank Vor dem Schöffengericht Dortmund wurden der Führer des Roten Frontkämpferbundes Bobbert, sowie ein weiterer Funktionär des Roten Frontkämpferbundes zu 1 Jahr bzw. 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Beide hatten im vergangenen Jahre systematisch alle Silbermünzen in den Verkehr gebracht oder zu bringen versucht.

Die Zeitung der Mörder.

Die „Deutsche Zeitung“ erklärt die Ermordung Eisners für gerechtfertigt.

Wir lesen in der „Deutschen Zeitung“:

„Der „Vorwärts“ erinnert in einem Beilagenheft daran, daß am 21. Februar des Jahres 1919 Kurt Eisner, der eigentlich Salomon Rosmanowski hieß und sich nach der Revolution zum bayerischen Ministerpräsidenten gemacht hatte, vom Grafen Arco gerichtet wurde. Eisner hat den Tod wegen Landesverrats verdient.“

Die „Deutsche Zeitung“ erkennt den Mord als politisches Kampfmittel an. Dies Bekenntnis stemmt sie wie die Partei, der sie augenblicklich dient.

Beschlüsse des Reichsrats.

Wenderung der Reichshaushaltsordnung.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag einen Beschlussewurf zur Wenderung der Reichshaushaltsordnung. Wichtige Neuerungen sind vor allem die Bestimmungen über Anleihen-Ermächtigung und Uebernahme von Reichsbürgschaften. Richtig soll die Ermächtigung, Geldmittel zur Beilegung außerordentlicher Ausgaben im Wege des Anleihen aufzunehmen, jährlich in ihrer Gesamthöhe durch das Haushaltsgesetz besonders festgestellt werden. Wenn eine Inanspruchnahme des Reiches zur Uebernahme von Bürgschaften zu erwarten ist, so sind in dem Haushaltsplan Ausgabenmittel in entsprechender Höhe einzustellen. Ferner sind Vorschriften zur Schonung der Kassenbestände des Reiches getroffen. Ausgabenreste dürfen nur mit Zustimmung des Finanzministers ausgegeben werden.

Schutz des religiösen Friedens.

Beratung im Strafgesetzausschuß des Reichstags.

Der Strafgesetzausschuß beendete gestern die Beratung der Strafbestimmungen gegen die Störung des religiösen Friedens und der Totenruhe. Gefängnis oder Geldstrafe droht § 181 demjenigen an, der den Gottesdienst einer Religionsgesellschaft mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt verhindert, ebenso auch demjenigen, der absichtlich den Gottesdienst einer Religionsgesellschaft durch Erregung von Lärm oder Unordnung oder auf andere Weise stört.

Zu dieser Strafvorschrift beantragte das Zentrum die Streichung des Wortes „absichtlich“, um auch demjenigen schon wegen Störung des Gottesdienstes bestrafen zu können, der ohne solche Absicht den Gottesdienst stört.

Die Abg. Marum und Pfaff wandten sich gegen diesen Antrag, in dem sie darauf hinwiesen, daß, wenn der Zentrumsantrag angenommen würde, schon diejenigen der Gefahr einer Bestrafung ausgesetzt wären, die an einem Sonntag an einer Kirche singend vorbeiziehen. Der Zentrumsantrag wurde abgelehnt, für ihn stimmten Zentrum, Deutschnationalen und der demokratische Hospitant Lobe.

Nach § 181 soll schon jede einzelne gottesdienstliche Handlung, wie der Gottesdienst überhaupt, unter Strafschutz gestellt werden. Ein sozialdemokratischer Streikungsantrag wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt. Gegen ihn stimmte auch wieder Herr Lobe zusammen mit Zentrum und Deutschnationalen.

Nach § 182 soll derjenige bestraft werden, der eine Bestattungsfeier mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt verhindert, oder wer absichtlich eine solche Feier stört. Ein deutschnationaler Antrag, das Wort „absichtlich“ zu streichen, wurde auch hier abgelehnt. Für ihn stimmten mit Zentrum und Deutschnationalen abermals Herr Lobe. Die Kommunisten beantragten in einem Zusatz ihn der freidenkerischen Bestattung entsprechende Bestattungsfeier gleichzustellen.

Dr. Rosenfeld stellte fest, daß im Gesetz freidenkerische Bestattungsfeiern den anderen gleichgestellt werden und er forderte die Kommunisten auf, ihren Antrag zurückzuziehen, damit nicht durch Ablehnung ihres Antrages eine gegenseitige Rechtsprechung möglich werde.

Abg. Kahl erklärte als Vorsitzender des Ausschusses mit dessen Zustimmung, daß in der Tat die freidenkerischen Bestattungsfeiern bereits durch den Regierungsvorschlag geschützt würden. Trotzdem beharrten die Kommunisten auf ihrem Antrag, der alsdann abgelehnt wurde. Wenn später bei der Handhabung des Gesetzes eine Rechtsprechung Platz greifen sollte, die für freidenkerische Bestattungsfeiern ungünstig ist, so ist dies lediglich Schuld der Kommunisten, die dadurch, daß sie ihre Anträge ablehnen ließen, eine den Freidenkern ungünstige Rechtsprechung erleichtert haben.

Der Ausschuß wandte sich dann den Bestimmungen über den Meineid zu. Abg. Emminger erläuterte das Referat. Die Beratungen wurden auf Freitag verlagert.

Ministeranklage in Polen.

Von der Linken beantragt.

Warschau, 21. Februar. (Ost-Expres.)

Den Antrag der drei Linksparteien: Sozialisten, Kommunisten und Dombrowski-Gruppe, den Finanzminister Czeskawicz wegen Budgetüberschreitung im Wirtschaftsjahr 1927/28 vor den Staatsgerichtshof zu stellen, haben 163 Abgeordnete unterschrieben. Er bezieht die Budgetüberschreitung auf mehr als 500 Millionen Zloty (250 Millionen Mark). Der Antrag weist darauf hin, daß das Statute vom 22. März 1927 ausdrücklich die persönliche Verantwortlichkeit des zuständigen Ministers für die genaue Einhaltung des Haushaltsplanes vorsieht, ferner wird Artikel 636 des Strafgesetzbuches angeführt, wonach ein Beamter für Ueberschreitung seiner Befugnisse, falls dadurch dem Staat Schaden erwächst, mit Gefängnis bestraft wird. Im Sejm erklärte Ministerpräsident Bariel nachdrücklich, daß alle Mehrausgaben auf Beschluß des Ministerrats erfolgt sind. Die Regierung habe sie solidarisch gebilligt, wolle jedoch prinzipiell die Nachtragsgeldverordnungen erst einbringen, wenn die Rechnungsabschlüsse vorliegen. Jedenfalls übernehme die Regierung in corpore die Verantwortung. Da die Antragsteller ihren Antrag aufrechterhielten, setzte der Sejmarschall entsprechend der Geschäftsordnung die Verhandlung auf die Tagesordnung der nächsten Plenarsitzung am 22. Februar.

Die Militärkommission des Sejm erteilte ihrem Vorsitzenden Kocziolowski (Regierungspartei) ein Misstrauensvotum, weil er unter Mißbrauch seiner Vollmachten die Sitzungen immer wieder hinausgeschoben hatte. Die Regierungskommision beantragt den Vorsitz in dieser Sejmkommission auch weiterhin und will ein anderes Mitglied zum Vorsitzenden vorschlagen.

Politischer Attentatsprozeß.

Lemberg, 21. Februar.

Die zweite Verhandlung gegen die Mörder des polnischen Schulkollegators Sobinski wurde nach dreiwöchiger Dauer zu Ende geführt. Der Ukrainer Warbinski wurde als direkter Täter zum Tode durch Erhängen und der Ukrainer Uamanischuk als indirekter Täter zu zehn Jahren Zuchthaus mit Verschärfungen (harter Lager und einmal vierteljährlich 24stündige Einzelhaft) verurteilt. Die Verteidiger der Angeklagten haben abermals Revision eingereicht. In der ersten Verhandlung am 19. Oktober 1926 lautete das Urteil gegen beide Angeklagte auf Todesstrafe.

Memorandum gegen den Deutschen Volksbund.

Warschau, 21. Februar. (Ost-Expres.)

Zu den Redaktionen über die Wsicht der polnischen Regierung, in der Märzsession des Völkerbundesrats ein Memorandum über den Deutschen Volksbund vorzulegen, um dessen „staatsfeindliche Tätigkeit“ nachzuweisen, schreibt die Bromberger „Deutsche Rundschau“: „Diese Wsicht der polnischen Regierung kann nur begrüßt werden, da man hoffen darf, daß die ständig wiederkehrenden Beschuldigungen gegen den Volksbund sich als völlig haltlos erweisen und dadurch ein Ende nehmen werden.“

Verleumdung des Deutschen Volksbundes widerlegt.

Kattowitz, 21. Februar.

Bei der Wiedergabe des Urteils der Kattowitzer Strafkammer gegen einen gewissen Hubert Kaminski, der wegen Spionage zugunsten Deutschlands zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, hatte die polnische Presse behauptet, daß der Verurteilte aktives Mitglied des Deutschen Volksbundes in Tarnowitz gewesen sei, wodurch die rege Tätigkeit des Deutschen Volksbundes gegen das Polenland aufs neue festgestellt würde. Die „Kattowitzer Zeitung“ stellt fest, daß der Verurteilte niemals „aktives“ Mitglied des Deutschen Volksbundes gewesen sei, sondern lediglich vor etwa einem Jahr die Aufnahme unter falscher Personalangabe nachgesucht hat. Außerdem bemerkt die „Katt.“, daß der Verurteilte bereits seit vielen Monaten in Untersuchungshaft in Tarnowitz gesessen habe. Wie er von dort aus „aktiv“ für den Deutschen Volksbund gewirkt haben sollte, darüber müßte man den Untersuchungsrichter befragen.

Englisch-russisches Geschäft.

Massenandrang in London.

London, 21. Februar.

Die Stimmung zur Wiederaufnahme der englisch-russischen Handelsbeziehungen zieht weitere Kreise. 80 führende Handelsfirmen in England haben dem Freitag gebildeten Studienkomitee, das sich demnächst nach Rußland begeben soll, ihre Wünsche mit Bezug auf den Handel mit Rußland unterbreitet.

Das Studienkomitee wird seine Reise nach Moskau Mitte März beginnen, da die gegenwärtige englische Industrierausstellung und die Leipziger Messe von dem größten Teil der Mitglieder des Studienkomitees besucht werden wird.

Massenausschlüsse aus der KPR.

Moskau, 21. Februar.

Die Musterung der Kommunistischen Partei bildet das Hauptthema der Sowjetpresse. Ein Bericht der „Lawestija“ über die ersten Ergebnisse zeigt, daß die Revisionskommissionen ganz außerordentlich streng vorgehen. So wurden in einem Bezirk der Arim von 3120 Parteimitgliedern 413 ausgeschlossen. Im Bezirk Karogus in der mittelasiatischen Sowjetrepublik Kasachstan, der nur 168 Kommunisten zählte, wurden 108, d. h. mehr als 64 Proz. ausgeschlossen. Als Gründe werden angegeben: Verletzung der Parteizucht, Abweichen von der Parteilinie (d. h. Hinneigung zur Rechts- oder Linksopposition), Fühlungsnahme mit parteifeindlichen Elementen (Kulaken), Vergehen unpolitischer Art. Über

auch in der Sowjetarmee

wird geäußert. Das Armeeblatt „Armsnoja Swesda“ berichtet über Revisionen kommunistischer Zellen im Heer, wobei in mehreren Fällen festgestellt wurde, daß Offiziere ehemals in den sowjetfeindlichen „weißen“ Armeen mitgewirkt haben. Das Blatt schreibt dazu: „Das beweist, daß auch in der Parteiorganisation innerhalb der Armee fremde Elemente sind.“

Ein Gelehrter-Demens. Dr. Schler teilt mit, daß die Preisermittlungen, er werde am Sonntag einer Kundgebung der besiegten bolschewistischen Verbände präsidieren, unrichtig sind.

Ausweg für Primo.



„Wenn meine Artillerie sich nicht entwaffnen läßt, dann werd' ich einfach Pazifist und trete für allgemeine Abrüstung ein!“

Das Minderheitenproblem.

Brauchbare kanadische Vorschläge.

Genf, 21. Februar.

Die neuen kanadischen Vorschläge zur Minderheitenfrage werden vom Generalsekretariat des Völkerbundes veröffentlicht werden, sobald auf die telegraphische Anfrage des Generalsekretärs beim kanadischen Senator Dandurand die Zustimmung hierzu in Genf eingetroffen ist. Die kanadischen Vorschläge scheinen im wesentlichen in folgenden zwei Punkten zu liegen:

1. Der Völkerbundsrat soll ein ins einzelne gehendes Verfahren ausarbeiten, nach dem die Beschwerden der Minderheiten zuerst den betreffenden eigenen Regierungen zugehen sollen, um diesen die Möglichkeit zu einer Abstellung der in den Minderheitenbeschwerden erwähnten Zustände zu geben. Falls innerhalb von 30 Tagen eine Einigung zwischen den betreffenden Regierungen und der beschwerdeführenden Minderheit nicht erzielt

worden ist, so soll die Minderheitenbeschwerde an den Völkerbund gehen.

2. Der Völkerbundsrat bildet für die ihm zugehenden Minderheitenbeschwerden einen besonderen Ratsausschuß, der aus Vertretern sämtlicher 14 Mitglieder des Völkerbundsrates besteht. Dieser Ausschuß, der während der Tagung des Völkerbundsrates tagt, prüft die Beschwerden und stellt fest, ob sie entgegenzunehmen sind. Das heißt, ob sie dem Völkerbundsrat als solchem offiziell vorgelegt werden sollen. In diesem Fall hat der Völkerbundsrat in offizieller Sitzung die Minderheitenfrage zu erörtern. Ein ähnliches Verfahren, wie dies in den kanadischen Vorschlägen vorgezogen zu sein scheint, ist bereits 1925 in der Abrüstungsfrage angewandt worden. Ein aus Vertretern sämtlicher Ratsmitglieder zusammengesetzter Ratsausschuß schlug damals dem Völkerbundsrat die Bildung der vorbereitenden Abrüstungskommission vor.

Arbeitslosenelend in Deutschösterreich.

Debatte im Nationalrat.

Wien, 21. Februar. (Eigenbericht.)

Die Sozialdemokratie interpellierte die Regierung im Nationalrat über die Maßnahmen zur Steuerung der Notlage der Arbeitslosen und der Sozialrentner.

Der Sozialminister erwiderte, daß die für die außerordentlichen Notfällen Sache der Gemeinden sei. Karl Seitz, der sozialdemokratische Bürgermeister der Stadt Wien, stellte daraufhin fest, was Wien zur Verringerung der Notlage der Arbeitslosen und Sozialrentner bereits alles getan habe. Die Debatte wurde schließlich mit der Uebernennung der sozialdemokratischen Anträge auf weitere Unterstützung der ausgebeuteten Arbeitslosen, auf Zahlung eines Zuschusses von wöchentlich 5 Schilling (3 Kr.) an die Unterstützungsempfänger und Bereitstellung von 2 Millionen Schilling (1,2 Mill. Kr.) für die Gemeinden außerhalb Wiens an den Sozialen Ausschuß beendet.

Minister über Bord.

Ein Führer der tschechischen Agrarier.

Prag, 21. Februar. (Eigenbericht.)

Unterrichtsminister Dr. Hodza hat sein Amt niedergelegt. Die Nachricht kommt überraschend, da Hodza einer der führenden Männer der tschechischen Agrarpartei, der ersten Regierungspartei, war und lange Zeit hindurch als einer der ersten Kandidaten für die Stelle des Ministerpräsidenten galt.

Der Rücktritt hat seinen Grund in einer Reihe Affären, in deren Mittelpunkt der Minister in den letzten Wochen gestanden hat. So hat er anlässlich des Besuches des ehemaligen englischen Ministerpräsidenten MacDonald in Prag über diesen falsche Gerüchte verbreitet. Er hat für die bulgarische Agrarpartei in Sofia ein Haus und eine Druckerei angekauft, wogegen die bulgarische Regierung protestierte. Hodza hat ferner einem ausgesprochenen Kettenhändler Grundstücke am Prager Graben, der Hauptstraße, zu verkaufen gesucht. Er hat einen Betrag von über 20 Millionen Kronen an einen Erzbischof ausbezahlt lassen. Schließlich hat der ehemalige Minister Schrobar in einem Remotorenwerk Enthüllungen über Hodza gemacht, die diesen außer-

Brand im Barackenlager.

Bewohner obdachlos.

In dem Flüchtlingslager am Westrande des Tempelhofer Feldes entstand gestern Abend kurz nach 11 Uhr ein Feuer, das sich mit großer Schnelligkeit ausbreitete. Die zahlreichen Bewohner mußten die Baracken fluchtartig verlassen. Bei Redaktionsschluss dauern die Löscharbeiten der Feuerwehr, die mit einem großen Aufgebot zur Stelle ist, noch an.

ordentlich kompromittieren. Hodza wird jedenfalls auch sein Abgeordnetenmandat niederlegen müssen.

Der neue Unterrichtsminister ist Stepanik, ein Abgeordneter der tschechischen Agrarpartei.

Hungerkatastrophe in China.

Neue Zustände und Wirren.

Peking, 21. Februar.

In einem Bericht des Internationalen Hilfskomitees werden die schrecklichen Zustände in einem Teil der Provinz Schansi geschildert. In einer Ortschaft liegen 200 Personen in Erwartung des Todes aufeinandergehäuft in einem Keller. Die Dorfbewohner essen zermahlenes trockenes Getreide. Wegen der Hungersnot ist eine Winterauslast unmöglich gewesen, so daß sich die Lage wahrscheinlich in den nächsten Monaten noch verschlimmern wird.

Amerikanischer Kreuzer unterwegs.

Manila, 21. Februar.

Der kleine Kreuzer „Tranton“ ist überraschend nach Tschifu ausgelassen. Der Grund seiner Entsendung soll in einem Zustand in Schantung liegen.

Das allein echte Klassenbewußtsein.

Oder der kommunistische Mannemut.

Die Rundfunkbanditen haben vor dem „Klassengericht“ kommunistischen Mannemut markiert. Ein echter Kommunist prüft auf das Klassengericht, versteht sich. Die Rundfunkbanditen auch.

Das ist das allein echte Klassenbewußtsein. Hier noch ein Beispiel: Das kommunistische Organ in Breslau hatte die Behauptung aufgestellt, daß von dem Vorstand der Sozialdemokratischen Parteiorganisation in Bollenhain in Schlesien fünf Mann wegen gemeinsamer Verbrechen reis für den Staatsanwalt wären. Einer der Verleumdeter fragte Brinatzke gegen den kommunistischen Kabakleur an. Der Verleumder befehlte in einem Schreiben um Gnade, in einem zweiten Schreiben appellierte er an das Klassenbewußtsein des Verleumdeten und bat, man möge den Fuß „nicht erst vor den Klassenrichter“ schleppen. Der Verleumdet gab nicht nach und nun erhielt er einen dritten Brief, in dem ihm der Parteiprediger jedes Fünkchen von Klassenbewußtsein absperrte.

Das allein echte Klassenbewußtsein besteht also darin, daß ein Kommunist einen Sozialdemokraten dreißig verleumben und entführen, daß aber der Sozialdemokrat sich nicht mit Hilfe des „Klassenrichters“ wehren darf!

Aber — die verurteilten Rundfunkbanditen haben gegen ihre Verurteilung Berufung eingelegt. Sie appellieren also an das „Klassengericht“ zweiter Instanz. Wo bleibt die Berührung mit dem „Klassenrichter“?

Im Kampf gegen die Kälte.

Hilfsmaßnahmen der Stadt beschlossen.

Der Stadtverordneten-Ausschuss, der auf einen von den Sozialdemokraten ausgehenden und von den anderen Parteien unterstützten Antrag eingeleitet worden war, um über Hilfsmaßnahmen der Stadt zum Schutz der Kinder gegen die Kälte zu beraten, konnte gestern der Stadtverordnetenversammlung das Ergebnis seiner Arbeit vorlegen. Er machte eine Reihe von Vorschlägen, die im wesentlichen auf Anträge der sozialdemokratischen Vertreter im Ausschuss zurückzuführen waren. Besten versuchten die Kommunisten ein Geplänkel gegen die Sozialdemokraten, die für agitatorische Forderungen von Unmöglichem nicht zu haben sind. Genossin Lodenhagen wies diese Angriffe ab. Auf bürgerlicher Seite glaubte man, den privaten Führern ein Loblied singen zu dürfen, weil bei der Beseitigung der ungewöhnlich großen Schneemengen die Stadt auch Privatfahrern mitbenutzen muß. Die Vorschläge des Ausschusses wurden von der Linksmehrheit und einem Teil der Bürgerlichen angenommen.

Mehrere Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung hatten zu der

Explosion des Gasbehälters

in der Sellenstraße Anträge und eine Anfrage eingebracht, die gestern nicht zur Verhandlung kamen. Vielmehr nahm als Vertreter des Magistrats der technische Direktor der Gaswerke L. G. Ludwig das Wort, um an Hand ausgehängerter Zeichnungen und Pläne die Lage, die Konstruktion, die Funktion der Gasbehälter und schließlich auch Maßnahmen über den Hergang der Explosion und ihre Ursachen zu erläutern. Direktor Ludwig machte Angaben, die sich in den wesentlichen Punkten mit seinen Ausführungen in der Pressekonferenz am Mittwoch („Vorwärts“ vom 21. Februar) decken. Eine neutrale Kommission soll nach dem Willen des Magistrats und der Gaswerke alles prüfen, um zu einem Ergebnis über die Ursachen der Explosion zu kommen.

Was die Schadenerschaft betrifft, so müsse die Direktion der Gaswerke nicht warten, bis ihr etwa „schuldhaftes Verhalten“ nachgewiesen sei, vielmehr wird den Geschädigten sofort ihr Eigentum ersetzt und der Wiederaufbau ihrer Existenz ermöglicht werden.

Der verunglückte Behälter soll nicht wieder aufgebaut werden; es besteht auch die Möglichkeit, die noch in Stadttinnen befindlichen Gasbehälter durch andere technische Einrichtungen zu ersetzen. — Eine Besprechung der Angelegenheit findet am kommenden Donnerstag statt. Dabei wird dann auch der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion behandelt werden, der den Magistrat um Auskunft ersucht, was unternommen werden kann, um die Bevölkerung vor ähnlichen Katastrophen zu bewahren.

In einer Anfrage fragten die Kommunisten den Magistrat, welche Schritte er unternommen habe, um die Entfernung der Frau Studiendirektor Gerhardt von der I. Städtischen Schulanstalt herbeizuführen. Es handelt sich um eine körperlich schwache Frau, die unter sehr erschwerenden Umständen — es fehlten alle bürotechnischen Hilfsmittel, selbst ein Telefon — die Schule übernommen, fortgeführt und hochgebracht hat und der schließlich die verwaltungstechnischen Obliegenheiten über den Kopf wuchsen. Die Schulleiterin ist schließlich in Urlaub geschickt worden, ein Arzt stellte schwerste Krankheit fest. Nach einem Jahr ist Frau Gerhardt wieder in ihr Amt eingesetzt worden, allerdings sind die Funktionen in der Schule geteilt. Die ganze Angelegenheit der Kommunisten wird verständlich, wenn man weiß, daß Frau Studiendirektor Gerhardt — Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist! Der kommunistische Stadtverordnete Roth ließ sich verständlich die Gelegenheit nicht vorbegehen, um gegen die Leiterin die Schulverwaltung und die Sozialdemokratie die schärfsten Vorwürfe zu erheben. Der Stadtschulrat Genosse Nodahl gab die Besprechungen der Schulleiterin zu, betonte, daß irgendwelche

ehrenrührige Besprechungen nicht vorliegen und gab die Maßnahmen bekannt, die von der Stadtschulleitung und dem Pädagogik-Kollegium ergriffen würden. Oberstudiendirektor Genosse Dr. Kowert konnte feststellen, daß Roth seine Stellung im Elternbeirat bedroht sah und daß auf diese Tatsache hin die Angriffe zurückzuführen sind. Herr Roth sei der letzte, der über Mißstände an der Schule zu reden berechtigt sei. Nach Rede und Gegenrede war die Anfrage erledigt. Die Kosten für die Renovierung der Dienstwohnung des Oberbürgermeisters fanden die Kommunisten zu hoch. Stadtrat Bencke erklärte, daß sich bei den Arbeiten weitere Schäden herausgestellt hätten, die eine eingehende Reparatur erforderlich machten. Zu einer Anfrage wegen der Unsicherheit im Osten Berlins erklärte der Stadtschulrat Genosse Lange als Magistratsvertreter, daß zwischen dem Bezirksamt Friedrichshagen und dem Polizei-

Wieder ein Hochhausplan.

In der Potsdamer Straße soll der Bau des ersten Hochhauses in Berlin in Angriff genommen werden; auf der einen Seite des Eingangs zum Kleistpark wird das Rathener-Hochhaus entstehen, dessen Modell erst kürzlich auf der Ausstellung „Bauten der Technik“ zu sehen war. Der Entwurf stammt von Bruno Paul und es ist höchst erfreulich, daß diesmal die in Frage kommenden Behörden ihre Zustimmung gegeben haben. Während das Gerippe der Eisenkonstruktionen für das Hochhaus am Europapark in den ersten Anfängen stecken geblieben ist, wird



man hier am Kleistpark das paradiesische Schauspiel eines Stahl-Skelettbauwerks erleben, der nach amerikanischem Vorbild 40 Meter hoch steigen wird. Gegen die Potsdamer Straße zu sind sechsstöckige Flügelbauten vorgesehen, die Hauptfront richtet sich gegen den Park und Meibt in respektvoller Entfernung von den spärlichen Kolonnaden Kontards. Auf der anderen Seite derselben soll später ein ebenfalls Hochhaus entstehen, das in seiner Einfachheit und geschlossenen Gliederung ebenfalls der neuen, funktionellen Bauweise entsprechen wird.

präsidium Verhandlungen wegen des Ausbaues der polizeilichen Sicherungen dicht vor dem Abschluß ständen. Den Wünschen des Bezirksamts werde Rechnung getragen.

Um 7 Uhr wurden die in der letzten Sitzung verabschiedeten Bestimmungen zur Vorlage über den Ausbau der Volkshäuser vorgenommen. Die Änderungsanträge wurden abgelehnt, die Vorlage nach dem Ausschussbeschlusse angenommen.

Der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebracht und von allen Fraktionen des Hauses unterstützte Antrag, der

Hilfsmaßnahmen gegen die große Kälte

fordert, kam aus dem Ausschuss zurück. Genosse Ulrich berichtete. Zur Annahme wurde empfohlen: In Erledigung aller Anträge wird der Magistrat ersucht, für eine schnellere Abfuhr der hohen Schneberge Sorge zu tragen, den Unterricht in allen Schulen nicht vor 9 Uhr beginnen zu lassen und allen bedürftigen Kindern im Bedarfsfalle wärmende Kleidung zu liefern, in einer Anzahl der geschlossenen Schulen nach Bedarf Warmestuben einzurichten, dort die Ausgabe von Mittagessen und warmen Getränken zu ermöglichen. Alle städtischen Bediensteten, soweit sie im Freien oder in unheizbaren Räumen beschäftigt werden, sollen gegen die Kälte geschützt werden durch Aufstellung von Wärmegeräten, ihnen soll unentgeltlich wärmende Schutzkleidung gegeben und die Arbeitszeit angemessen verkürzt werden. Der Magistrat möge weiter auf alle städtischen Gesellschaften, insbesondere auf die Verkehrs-L. G., einwirken, um die kostenlose Verabreichung von warmen Getränken, namentlich an den Endstationen, für das Personal durchzuführen und fahrbare Verkaufsstände einzurichten für die Verabfolgung warmer Getränke zum Selbstkostenpreis an die auf der Straße beschäftigten Arbeiter und an Passanten. Schließlich werden Maßnahmen gefordert zur Versorgung der Bevölkerung mit preisbilligsten Lebensmitteln, insbesondere Kartoffeln, Reis, Makaroni, Mehl, Brot und Fett, und kommunale Abgabestellen für solche Lebensmittel.

Eine lange, lebhaft debattierte Debatte folgte dem Bericht. Die Kommunisten stellten sich natürlich wieder einmal als diejenigen hin, die allein für Erwerbslose, Frierende und Hungernde sorgen. Genossin Lodenhagen bemerkte dazu, daß erst die Sozialdemokraten im Ausschuss Sinn und Verstand in die kommunistischen Anträge gebracht hätten, daß sich trotzdem die Undurchführbarkeit herausgestellt hätte und daß in den Ausschussbeschlüssen alles festgelegt sei, was zur Behebung der Kältefolge nötig sei. Stadtverordnete Roth (Komm.) nahm die Anträge seiner Fraktion wieder auf; was er sonst noch zu sagen hatte, blieb auf der Tribüne unermittelt, selbst die Bausprecheranlage verlagte bei seinem Sprechepulver. Der Berichterstatter Genosse Ulrich stellte dann noch richtig, daß der Antrag der Sozialdemokraten, die Verkehrs-L. G. zu ersuchen, die Arbeitszeit der im Kundendienst beschäftigten Verkehrsangestellten angemessen zu verkürzen, viel weitergehend sei, als der Antrag der Kommunisten, der eine Verkürzung der Dienstzeit auf 5 Stunden generell vorsehe. — Schließlich wurden die Ausschussanträge mit großer Mehrheit angenommen.

Selbstmord eines Primaners.

„Seelische Depressionen.“

Der Selbstmord eines neunzehnjährigen Primaners Ray Markus, der bei den Vizegabeln in der Wallner-Theater-Straße wohnt, macht wieder von sich reden. Der junge Mann verließ am Montag das Haus und kam nicht wieder zurück. In einem Brief teilte er mit, daß er sich wegen „seelischer Depressionen“ das Leben nehmen wolle. Am Donnerstag fand man den Vermissten in einer Schenke bei Klein-Rachnow erschossen auf. Weber zu Hause nach in der Schule hat sich etwas ereignet, was Veranlassung zum Selbstmord hätte geben können.

Erhängt aufgefunden wurde gestern in hochender Stellung in einer Verkaufshalle der Rennbahn Ruhleben ein unbekannter Mann von etwa 50 Jahren. Die Leiche, die ganz steif gefroren war, wurde nach dem Schauhaus in Spandau gebracht. Der Mann ist mittelgroß, hat dunkelbraunes Haar und trug grauen Filzhut, pfeifer- und folgarbenen Lebersteher, braunes Jackett und Hose mit weißen Nadelstreifen, sein Taschentuch ist L. B. gezeichnet. — Ein Trainer der Karlsruher Rennbahn fand einen Mann in einem Gebüsch erhängt auf. Nach einem hinterlassenen

Der Aufruhr des schiefer Calm

30

Roman einer Revolution. Von Gerhart Herrmann Mosler

„Vater — wozu machst du eigentlich mit den Bauern?“ fragte plötzlich Sarah. Sie schien seine Gedanken mitgedacht zu haben.

„Wozu? — Das verstehst du nicht, Tochterle. Das ist Männerarbeit.“

Er lachte und kniffte mit der Peitsche. „Derweilmeel!“ Er sah froh über dies weite, prunklose Land, das er so liebte, das so trostlos aussah und so blühen konnte, wenn es frei war vom Eis.

„Es ist doch gefährlich jetzt,“ fuhr Sarah fort. „Sie können dir doch was tun!“

„Se sollen versuchen!“

„Dellendahn haben neulich seine eigenen Arbeiter bedroht!“

Calm zuckte zusammen. „Nu ja — Dellendahn!“ Er steckte die Peitsche in den Halter. Ein Haus an der Straße drehte sich dunkel darüber, ein Hund im Hof klaffte mühsam.

„Vater?“ rief Sarah ihn leise.

„Ja?“ fragte es zurück. Und als sie eine Weile schwieg:

„Was denn, Tochterle?“

„Ich will Dellendahn heiraten.“ sagte sie ruhig.

Calm stieß den Atem laut heraus. Er hatte es gewußt, daß dies kommen würde, einmal. Er schüttelte den Kopf.

„Erstens nimmst du dich nicht,“ antwortete er ebenso ruhig.

„Wo wird ein Christ heiraten an jüdisches Mädchen!“

„Doch. Er will mich auch.“

„Das sagt er so. Das mußt du doch nicht glauben.“

„Doch, Vater. Das weiß ich. So ist er nicht.“

Calm hatte sich den Verlauf dieses erwarteten Gespräches oft überlegt. Er wollte andere Worte sagen als die, welche sich ihm nun aufdrängten — aber jetzt, vor die Entscheidung gestellt, war doch zuerst sein strenges Judentum in ihm wach.

„Ne, Sarahlieb. Es ist nicht recht, wenn ein jüdisches Mädchen heiratet an Christen.“

„Warum nicht, Vater?“

Er wußte keine Antwort.

„Es geht nicht, Tochterle.“

Sie blieb ganz ruhig. „Vater — ich muß'n heiraten.“

Er sah sie groß, fragend an. Sie nickte. „Ja. Im zweiten Monat.“

„Das war nicht recht von dir, Sarah.“

Beide schwiegen lange.

„Denn mußt du so unverträglich zu den Christen?“

„Ja. Ich soll zum Superintendenten gehn.“

Calm schloß die Augen. Er hielt nicht aus, was da vorüberzog. Da stand der Rabbiner, das verweisselte, alte Gesicht dicht vor dem seinen. Da war das erregte Gestikulieren der Juden im Vorhof der Synagoge. Sie sprachen über ihn. Da waren die einleinen Jom-kippur-Abende. Jahr um Jahr, immer dieselben trostlos einleinen Jom-kippur-Abende. Da war die Widnis.

„Vater?“

„Ja?“

„Darf ich ihm sagen, daß du — daß du nichts dagegen hast?“

Wieder mußte er die Augen schließen. Da spielte ein Kind, ihr Kind, von dem er beirrt, daß es der einzige Sinn, der Morgen ihres dämmrigen Wesens war — sein Enkelkind, an dem er keinen Anteil haben würde. Es spielte in dem großen, schönen Fabrikhof, in dem man ihn nicht gerne sehen würde. Er würde auch gar nicht hineingehen. Nur sehen würde er wollen, vom Tor aus, wie die Arbeiter seine Tochter grüßten. Es war also gut so für sie.

„Ja, Tochterle.“ Er fügte flach, fern von sich selbst hinzu:

„Der Herr soll segnen dich und ihn.“

„Danke schön, Vater.“

Blöcklich stieg es ihm heiß in die Kehle. Er suchte mit der Schulter ängstlich die ihre, ob sie noch da war: er wußte, daß er sie nun fortgegeben hatte. Für immer.

Die Zukunft stand vor seinen Augen. Er schloß sie nicht. Er starrte tapfer hinein. Er gab das Mädchen fort, weg an die Welt, die er bekämpfte. Er würde weiter schaffen an der neuen Welt, die er haben wollte, viele würden dazu gehören, Aniephade, Ullmer, alle Christen — sein Kind nicht. Er war allein —

Calm sah verstoßen, flüchtig auf Sarah, die in den langjam werdenden Morgen träumte —

Er schloß auf. Ganz allein.

11. Der Kampf des Herrn von Gloß

Die Parlamentsstenographen des Anhalt-Bernburgischen Landtags spitzten heute besonders nervös ihre Bleistifte. Sie nahmen überhaupt etwas zuviel Anteil an dem, was in den Sitzungen geschah, und die Deutlichkeit ihrer Protokolle litt zuweilen darunter. Und gerade an diesem Abend war ihnen eine starke Unruhe unter den Abgeordneten aufgefallen; vor allem der Vorsitzende Dehße, der aber bis zur immer noch nicht erfolgten Erledigung des Falles Zinden durch seinen Stellvertreter ersetzt wurde, schien viel zu wissen; manchen gestülfteren Gesprächsbrocken hatten die beiden scheinbar in ihre Bleifedern verfunkenen erhalten: der Herzog geloben, von den Preußen geschützt; Trosegl alleiniger Minister; republikanische Umtriebe in der Stadt, in der Zuckerfabrik Waldau, in den Dörfern; Notwendigkeit einer Regentschaft; Annerionspläne der Dessauer; die Herzogin Regentin...? Es gelang den Stenographen kaum, in sauberer Kundschrift den Kopf über den ersten Bogen zu malen: „14. Sitzung vom 18. März 1849. Beginn 6 Uhr.“

Die Glocke des Präsidenten shepperte — die Stenographen beugten sich über ihre Papiere und schrieben all das auf, was nachmals in den Stenographischen Berichten des Anhalt-Bernburgischen Landtags, abgehalten in Bernburg 1848/49, Bernburg, Hof- und Regierungsbuchdruckerei von F. B. Goering“ fehlt und sich erst nach 70 Jahren im anhaltischen Staatsarchiv zu Herbst folgendermaßen las:

„Die Sitzung wird eröffnet. Ministerialvertreter Bleg erklärt, in Vertretung des verhinderten Ministers von Trosegl erschienen zu sein (Unruhe). Das Protokoll der letzten Sitzung wird verlesen und genehmigt.“

Präsident: Vor Eintritt in die Tagesordnung wünscht der Abg. v. Gloß im Auftrage der mit der Führung der Akten, beir den Prozeß gegen den Baurat Zinden, betrauten Kommission etwas mitzuteilen.

Abg. v. Gloß: Es ist der Kommission endlich gelungen, die ihr seit Wochen und Monden verweigerten Akten in ihren Besitz zu bekommen.

Abg. Dehße (erregt aufspringend): Woher haben Sie die Akten?

Abg. v. Gloß: die Akten wurden zu Unrecht verweigert, Herr Abg. Dehße; die Kommission hat sie sich zu Recht verschafft, ganz gleich auf welche Weise.

Abg. Dehße: Ich protestiere gegen diesen Aktendiebstahl!

(Fortsetzung folgt.)

Brief handelt es sich um einen Eisenbahnschaffner, der vor mehreren Wochen Hand an sich legte, weil er eine Prüfung nicht bestanden hatte. Die Leiche wurde nach der Halle in Bornitz gebracht.

Kurt Eisner zum Gedächtnis.

Dem Gedanken des vor 10 Jahren mitschlagend gemordeten Genossen Kurt Eisner galt eine Feierstunde, die der Berliner Bezirksauswahl für sozialistische Bildungsarbeit im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates abhielt.

Unser Arbeiterjüngling leitete mit Robels „Morgenrot“ die Rundgebung ein. Genossin Margarete Merzbach brachte aus Eisners Werken Verse und Sätze des Mannes, der die Menschen des „hart verzagten steinernen Daseins“ von ganzer Seele liebte. „Brüder zur Sonne“ folgte. Dann sprach Genosse Alexander Stein. „Unzählige Opfer“, führte er aus, „beklagt die Revolution. Eisner zählt zu ihnen. Ein tief ethischer Grundzug kennzeichnet sein Wesen. Aber er lebte in keinem Volkenskudschheim, sondern prophetisch sagte er schon zur Zeit der Marokkoinvasion den Weltkrieg voraus. Als das Unheil eingebrochen war, betrachtete er als höchstes Ziel, die sozialistische Internationale wieder aufzurichten. Verwerfliche Mittel verachtete er, fälschlich, edel und rein war sein Kampf. Als die Partei sich spaltete, galt sein Gedanke der zukünftigen Wiedervereinigung. Beim Kriegsende war sein Hauptziel: Wiederherstellung der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse. Er, der in seiner großen Rede vom 18. November 1918 die unblutige, gewaltlose Revolution verkündet hatte, mußte einem Reichsmörder aus jener Bevölkerungsschicht zum Opfer fallen, die kein Mittel verschmäht, um den politischen Gegner zu vernichten. Tragisch ist, daß den Anlaß zur feigen Tat vom 21. Februar 1919 Eisners Bemühen um die Freilassung der Kriegsgefangenen auf dem Berner Sozialistenkongress gab, ein Bemühen, das durch Lug und Verleumdung verdrängt und ins Gegenteil verkehrt wurde. Er starb um einer Sache willen, um die er sich hochverdient gemacht hatte. Folgen wir ihm nach, leben auch wir in heute das Wort. Nehmen wir uns ein Beispiel an seiner vollkommenen Persönlichkeit! „Unsterbliche Opfer“ von Scherchen und der gemeinsame Sang der „Internationalen“ schlossen die weisevolle Erinnerungstunde.

Das Martyrium einer Krankenschwester Einigung vor dem Arbeitsgericht gescheitert.

Vor einigen Wochen brachten wir einen Artikel über den Fall einer Krankenschwester D., die sich bei der Pflege einer Wächlerin mit Lues infiziert hatte. Arzt, Oberärztin und Oberin hatten der Schwester die Infektion nicht geglaubt und verlangten von ihr, daß sie trotz großer Schmerzen und eitriger Handgeschwüre ständig ihren Pflichten weiter verziehen sollte. Durch die verweigerte Behandlung verlor sie, gab die Schwester ihre Stellung auf, die ihr eine lebenslängliche Versorgung gesichert hätte. Am Entlassungstage wurde dann endlich eine Blutuntersuchung gemacht, die denn auch positiv ausfiel. Die Schwester klagt nun auf Schadensersatz und Festsetzung der Fahrlässigkeit gegen den Kreis Lettow. Außerdem bestritt sie die Rechtsgültigkeit der Kündigung.

Das Arbeitsgericht hat inzwischen das Gutachten eines gerichtlichen Sachverständigen eingeholt, weil der Kreis Lettow die Anstellung beim Pflegedienst auf Grund der Gutachten seiner Ärzte bestritt. Das von Dr. Banger, Leiter der Geschlechtskrankenhilfe im Reichs-Krankenhaus, abgegebene Gutachten ist für den Kreis und seine Gutachter vernichtend und beschämend. Der gerichtliche Sachverständige kommt zu dem Schluß, daß nichts gegen die Behauptung der Klägerin spreche, aber doch sehr vieles dafür, wonach sie sich bei der fraglichen Pflege infiziert habe. Allerdings behauptet er dann, daß nach so langer Zeit niemand mehr mit Gewißheit die Anstellungsquelle feststellen könne.

Daraus folgert nun der Syndikus des Kreises Lettow, daß nichts bewiesen sei!

Ein Arbeitgeberbevollmächtigter erklärte auf dem letzten Termin der Beklagten, daß abgesehen von einer rechtlichen Verpflichtung auch noch eine gewisse moralische Verpflichtung bestehe. Seine Behörde habe einen gleichlaufenden Prozeß. Solange der Prozeß schwebt, zahle diese Behörde der Klägerin monatlich 600 Mark, damit sie sich behandeln lassen und leben könne. Nachdem als weitere Sachverständige die Professoren Buschte, Jondel und Stidel als Gutachter bezeichnet worden waren, machte das Gericht von sich aus den Vergleichsvorschlag, daß der Kreis die lebenslängliche Behandlung der im Dienst zugezogenen Krankheit nebst Krankengeld und 5000 Mark Abfindung übernehmen sollte.

Die Vergleichsverhandlungen im Kreis verliefen nun sehr eigentümlich. Der Syndikus bezeichnete sämtliche Artikel der Presse über diesen Fall als erlogen: „Die Presse lügt.“ Was gelogen sein soll, sagte er nicht. Diese Artikel verhinderten angeblich den Vergleich. Dann endlich bequimte er sich zu der Erklärung, daß er dem Kreis aus dem Vergleich empfehlen werde. Nachdem die Frist zur Entscheidung verstrichen, und auf weitere acht Tage vertagt worden war, da die Klägerin über bitteren Rot leidet und sich nicht behandeln lassen kann, fragte der Prozeßvertreter nach dem wahrcheinlichen Resultat. „Auf keinen Fall mehr als 3000 Mark Entschädigung; die Behandlung aber lehne der Kreis auf jeden Fall ab.“ Damit waren die Vergleichsverhandlungen gescheitert.

Für die geschädigte Schwester liegt der Kampf um ihr Recht deshalb besonders ungünstig, weil sie als frühere Angehörige eines „Mutterhauses“ sowohl von dem Schutze der Sozialgesetze wie des Betriebsratsgesetzes ausgeschlossen ist.

In den Krankenhäusern des Kreises Lettow werden auch heute noch Diakonissen (Mutterhauschwestern) beschäftigt, obwohl der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sich wiederholt für die Beschäftigung freier Krankenschwestern eingesetzt hat.

Tod in der Baugrube.

Gestern wurde der 40jährige Monteur Wilhelm Beber aus der Beusselstraße 17 in einer zwei Meter tiefen Grube in nächster Nähe des Bahnhofs „Ausstellung“ in Bittenleben leblos aufgefunden. Der Mann wurde zur nächsten Rettungsstelle gebracht, wo der Arzt dem bereits seit mehreren Stunden eingetretenen Tod feststellte. Bisher konnte noch nicht ermittelt werden, wie Beber, der auf dem Bahnhof mit Montagearbeiten beschäftigt war, in die Grube geraten ist. Da die Todesursache vom Arzt nicht festgestellt werden konnte, wurde die Leiche zur Obduktion ins Charitatenburger-Schulhaus transportiert.

Am Keller des Hauses Brunnenstraße 136 waren gestern nachmittags mehrere Gasarbeiter mit dem Abdecken eines schadhaften Rohres beschäftigt. Hierbei strömten aus noch unbekannter Ursache an einer anderen Stelle größere Gasengen aus, so daß einer der Arbeiter bewußtlos zu Boden sank. Die alarmierte Feuerwehr, die nur unter großer Vorsicht in den vergasteten Keller eindringen konnte, holte den Verunglückten ins Freie und sorgte für seine Überführung ins Lazarus-Krankenhaus.

Berliner Wohnungshygiene.

Der Schneehaufen für alle auf dem Hof.

Die Frostschäden, die sich in den Mietshäusern in Form eingefrorener Rohrleitungen bemerkbar machen, beginnen sich in fast allen Stadtteilen zur Katastrophe auszuwirken. In vielen Häusern, wie z. B. im Hause Erdmannstr. 12, können die Parteien seit über 14 Tagen kein Klosett benutzen. Die Bewohner der beiden Hinterhäuser, 60 Personen, waren gezwungen, für ihre Bedürfnisse irgendeine andere Ablagerungsstätte ausfindig zu machen. Ein im Hof befindlicher großer Schneehaufen diente nun als allgemeiner Abtritt. Abgesehen von der wenig einladenden Szenerie dringt auch ein furchtbarer Gestank über die Treppenhäuser in die Wohnungen. Der Hauswirt verhält sich, wie stets in diesen Fällen: Er ist völlig desinteressiert an all den gesundheitsschädlichen Vorgängen, es stört ihn nicht weiter, daß die Frauen mit jedem Eimer Schmutzwasser 4 Treppen hoch herunterlaufen müssen, um den Inhalt auf besagtem Interimsklosett auszuwerfen, daß jeder Topf frischen Wassers vom Straßentrümmen oder vom Vorderhaus geholt werden muß, daß sich kleine Kinder im Hause befinden, deren Pflege und gesundheitliche Entwicklung unter all diesen Umständen natürlich sehr leidet. Die Kellerfenster und Türen, unter denen die Leitungsröhre hindurchgehen, fehlen zum Teil ganz oder sie stehen Tag und Nacht offen; kein Wunder, daß die Leitung einfriert. Nach unzähligen Briefen und Bausperren zum Wirt, nach der Polizei, nach dem Gesundheitsamt usw., wurden noch fast drei Wochen, im Keller einige Kotsöten aufgestellt.

Die Hausruinen Hebbelstraße 18 und 19.

Der zunehmende Verfall dieser beiden Häuser, der im Januar vorigen Jahres zu bedrohlichen Nachrichten Veranlassung gab, macht den Hausbewohnern jetzt wieder viel zu schaffen. Durch die Zimmerdecken, die fließende Risse zeigen, dringt die Kälte durch, so daß einzelne Parteien, die unter der Wäpftische und dem Trockenboden wohnen, Eimer und andere Gefäße aufstellen müssen. Alles sagt ab, so daß sämtliche Türen und Fenster nicht mehr richtig schließen. Die Deelen sind fast durchweg nicht in Ordnung, sie

rauchen, geben keine Wärme und vor längerer Zeit erkrankte durch starke Rauchentwicklung ein Kind bedenklich an Rauchvergiftung. Andauernd müssen die Mieter die Möbel umstellen, um sich der Fußbodenveränderung anzupassen. Natürlich machen sich auch hier außerdem noch die üblichen Kälteerscheinungen in Form eingefrorener Leitungen unangenehm bemerkbar. Da die beiden Häuser im Stadium der Zwangsversteigerung stehen und die Mietgelder verpfändet sind, ist an eine Barmahme der wirklich notwendigen Reparaturen nicht zu denken.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats teilt von z. u. ständiger Seite hierzu folgendes mit:

An dem Zustand der in Frage kommenden Gebäude hat sich in der letzten Zeit nichts Wesentliches geändert. Er ist im großen und ganzen für die darin wohnenden Mieter nicht erfreulich, und bei normaler Wohnungswirtschaft hätte er wahrscheinlich schon längst zum vollständigen Leerstehen der Wohnungen geführt. Bedenklich waren die Zustände eine Zeitlang im Hause Hebbelstraße 18/19, wo die Schornsteine mehrfach Risse aufwiesen. Da der Hausbesitzer zu der notwendigen Reparatur nicht imstande war, hat es das Bezirksamt durch einen von ihm gewährten Vorschuß von 20000 M. ermöglicht, die Gefahr zu beseitigen. Eine weitere Verbesserung soll durch Einziehen von Untern und Dichtung älterer Risse in den Außenwänden gleich nach Aufhören des Frostes in Angriff genommen werden. Die übrigen gefährdeten Gebäude stehen unter ständiger hauptpolizeilicher Überwachung.

Charakteristisch ist übrigens, daß aus diesen Häusern von der geschädigten „Bank“ unter den Bewohnern weder der Baupolizei noch dem Wohnungsamt etwas bekannt ist, die in ständiger Verleumdung mit ihnen stehen; gelegentlichen Meldungen über Schäden wird sofort nachgegangen. Zu Räumungsverfügungen haben sie nur in vier Fällen geführt. Trotzdem passende Wohnungen in genügender Zahl vom Wohnungsamt nachgewiesen wurden, haben indessen mehrere Mieter von der gebotenen Möglichkeit noch keinen Gebrauch gemacht.

Das neue Telephonbuch ist da.

Verbesserungen im Berliner Fernsprechnetz.

Am 23. Februar werden im Berliner Fernsprechnetz wichtige Neuerungen in Kraft treten. An diesem Tage wird das neue Selbstanschlusssystem 10331 mit Anschlüssen vom bisherigen Amt Pankow, das daneben noch bestehen bleibt, den Betrieb aufnehmen. Die Teilnehmer aus Oberschöneweide werden vom Amt Oberschöneweide zum Selbstanschlusssystem „Obersee“ P3 umgeschaltet; das Handbetriebsamt Oberschöneweide behält einen Teil der Außenteilnehmer, besonders aus Karlsruh. Eine wesentliche Verbesserung tritt für Schmidt wih in Kraft, das von diesem Tage ab direkt an das Ortsnetz Groß-Berlin angeschlossen und dem Selbstanschlusssystem „Obersee“ zugeteilt wird; damit fällt die teure Verbindung über das Schnellverkehrsamt fort. Gleichzeitig wird auch mit der Verteilung des neuen Fernsprechnetzes begonnen, und zwar erhalten die Teilnehmer obiger Nummer als erste die neuen Bücher. Anschließend werden auch die übrigen Fernsprechteilnehmer Groß-Berlins damit beliefert werden.

Die Universität provoziert.

An der Berliner Universität ist vom dem Staatswissenschaftlich-Statistischen Institut folgendes eigenartige Preisanschreiben für die Studierenden zur Bearbeitung gestellt: Der Sogen des Privatentziums für die Familie und das Volk. In der Erklärung, mit der die Behandlung dieser Arbeit empfohlen wird, heißt es unter anderem wörtlich:

„Wir (etwa die Unternehmerverbände?) wollen dem breiten Einbruch bolschewistisch-sozialistischer Denkers in die heutige Gedankenwelt einen Ball entgegensetzen. Besonderes Gewicht legen wir darauf, den Christen nicht nur ein gutes Gewissen, sondern ihm seine Pflege und seinen Schutz zur Gewissenspflicht zu machen.“

Das Deutsch dieser Anpreisung ist etwas dunkel; sehr klar aber scheint, was mit diesem „Preisanschreiben“ gemeint und gewollt ist. Man will mit der Scheinheiligkeit der wissenschaftlichen

Funkwinkel.

In später Abendstunde geht noch am Mittwoch die Uraufführung seiner Klavierkompositionen von Heinz Tiessen in Szene. Max Daborn spielt geladert und auch gestraft sind Stücke von kurzer Zeitdauer, stark im Rhythmus und stark im musikalischen Aufbau. Manchmal von fast improvisiertem Charakter und stets formal vollendet. Darauf folgt der Bariton Robert Kortz mit gut fundierter Technik, die niemals ein Lied mit einer Arie verwechselt, drei neue Lieder von Philipp Barnack. Auch dies sind Kompositionen, bei denen der Wille zur geschlossenen musikalischen Form stark hervortritt und die wieder Melodie bringen. — Am Donnerstag behandelt Dr. Werner Mich in einem Vortrag mit Vorproben die beiden Berliner Schriftsteller Wilhelm Spener und Walter von Hollander. Verdienstvoll, daß Mich die Aufmerksamkeit der Hörer auf Autoren lenkt, die nicht gerade zur großen Literatur rechnen, aber trotzdem Erzähler von hoher Kultur sind. Erzähler, die sich vor allem mit Berlin auseinandersetzen. Beide verfügen über die Fähigkeit, Zeitprobleme in eine leichte lebenswürdige Form zu kleiden, ohne jemals dabei im Platteln zu verfallen. Von großem Interesse sind die Ausführungen des Konfils Dr. Reipondek vom Deutschen Arbeiterverband über „Löhne und Wohlstand in den Vereinigten Staaten“. Die Ausdehnung der „Staaten“ und damit verbunden die große Abnahmestärke im eigenen Lande einerseits und andererseits das Interesse der Industrie, die Löhne aus Geschäftsrücksichten zu erhöhen, sind die beiden Hauptfaktoren in dem amerikanischen Wirtschaftsrenommee. Nach Reipondecks Ansicht fehlen in Amerika die großen Spannungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Hierfür ist auch ein phlogologischer Grund zu finden nämlich die bessere Bekanntheit des Arbeiters, ein Kapital des Wohlstandes noch nicht beziffert hat. Ob in den USA tatsächlich für den Arbeitnehmer alles so glänzend ist, wie es Reipondek schildert, steht auf einem anderen Blatt. — Gunds „Moiensönigiu“ und Blechs „Berliner“ sind die Sendepops d'eller Woche. Diesmal alle leichte arabische Werke von alfenberber Mischel, von einem musikalischen Kreis, der hauptsächlich in der Singstimme steht. Und Nels Mischel ist ebenfalls genannt, daß Blechs „Berliner“ eine Spieloper ist, die ebenfalls die Bühne braucht. Blech leitet die Aufführung. Unter ihm glitzert und funkelt das Orchester. Gut die Sänger. F. S.

Arbeit junge studierende Menschen dazu fördern, zweifelhaften politischen Ausbeuterkreisen Propagandamaterial gegen sozialistisches, wissenschaftliches Denken zusammenzutragen. Die Forderung nach sozialistischen Dozenten und Darstellungen der sozialistischen Wissenschaft von Sozialisten an den Hochschulen wird von der Hochschulreaktion in den Kreisen um Hugenburg u. a. mit Hohn und als parteipolitische Interessensangelegenheit zurückgewiesen. Das eigene kapitalistisch-egoistische Treiben hebt man in das Mäntelchen der Wissenschaftlichkeit, und die Hochschullehrten sind mäßig genug, dies zu fördern. Die republikanischen Behörden sollten diesem Unfug ein schnelles Ende machen.

Zugführers Heimgang.

In der kleinen Friedhofskapelle draußen in Mariendorf erweilt man dem Zugführer August Käß, dem Opfer des D-Zug-unglücks bei Gröbenhainichen, die letzten Ehren. Außer den Verwandten und Bekannten gaben ihm viele, viele seiner Kollegen das letzte Geleit. Aus allen Bezirken waren gedruckenen Sämingen getragen und schwer senkten sich die Fahnen, gedruckenen Sämingen gleich, über den reich mit Blumen geschmückten Sarg. 40 Jahre hatte der pflichttreue Beamte seinen Dienst getan, jetzt sollte es wieder einmal heimgehen zu Frau und Kind und da geschah das Furchtbare. Ganz still ist es in der Kapelle, nur ab und zu fährt da und dort verstohlen ein Lächeln über die Augen. Draußen, in der kalten Winterstunde, mitten im glitzernden Schnee, wartet das offene Grab. Der Abschied. Dann ist es wieder ganz still, wie vorher, die Erde schließt sich über einen Toten und noch einmal winkt die Fahnen der Abordnungen einen letzten Gruß.

Theater am Kollendorflay plötzlich geschlossen.

Gestern abend hat das Theater am Kollendorflay wieder einmal auf längere Zeit seine Pforten geschlossen. Die finanzielle Belastung stand seit langem in keinem Vergleich mehr zu den Kasseneinnahmen, und so war die Direktion gestern abend gezwungen, kurz vor Beginn der Vorstellung — auf dem Spielplan stand „Reithen Geber“ — den etwa 200 Theaterbesuchern zu erklären, daß die Vorstellung aus finanziellen Schwierigkeiten nicht stattfinden könne. Es ist anzunehmen, daß die Schauspielerei wegen rückständiger Wagen sich weigerten, aufzutreten und da kein Geld vorhanden war, die Direktion zu der für Eingeweihte nicht überraschend kommenden Schließung des Theaters schreiten mußte. Im Vorraum kam es zu erregten Szenen; die Bogen der Empörung glänzten sich erst wieder, als dem größten Teil der Theaterbesucher das Eintrittsgeld zurückerstattet wurde.

Stillende Mütter

sollten keinen anderen Bohnenkaffee trinken als den unschädlichen Kaffee Hag.

Es ist wissenschaftlich festgestellt, daß nach Genuß gewöhnlichen Kaffees Coffein in die Muttermilch übergeht.

Kaffee Hag ist nicht nur koffeinfrei, sondern bietet auch den gleichen Genuß wie anderer Bohnenkaffee feinsten Qualität.

Viele Ärzte sagen: Er ist ein Segen für die Menschheit.

Das große Paket kostet RM 1.90. Das kleine 95 Pfg. Ihr Kaufmann führt ihn.

Kommt eine Stickstoffkrise?

Die Industrie, die dem Leben und dem Tode dient.

Inausgesetzt steigt die Herstellung von Stickstoff in allen Ländern. Während im letzten Vorkriegsjahr etwas über 300 000 Tonnen künstlicher Stickstoff produziert wurde, waren es im Jahre 1928 1,3 bis 1,4 Millionen Tonnen, d. h. mehr als das Vierfache der damaligen Menge. Fast zwei Drittel der Produktion des Jahres 1928 entfallen auf Deutschland, nämlich etwa 800 000 Tonnen, und hieron wiederum 600 000 Tonnen allein auf die A. G. Farbenindustrie.

Stickstoff dient, wie jedermann weiß, zur Düngung des Bodens. Daher werden Stickstoff-Anlagen auch stets mit den Interessen der Landwirtschaft begründet. Außerdem aber dient Stickstoff, wie ebenfalls jedermann weiß, zur Sprengstoffherstellung. Es ist ein unentbehrlicher Bestandteil von Nitroglycerin, Nitrozellulose, Dynamiten usw.

Kein moderner Krieg kann ohne Stickstoff geführt werden;

und dies ist der eigentliche Grund, warum gegenwärtig überall neue Stickstoffanlagen aus dem Boden wachsen, auch dort, wo weder die Produktions- noch die Absatzbedingungen günstig sind. In vielen Fällen, wo Neugründungen gemacht werden, wird denn auch von vornherein mit einer wirtschaftlichen Betriebsführung gar nicht gerechnet; dann erfolgt die Errichtung entweder direkt durch die Regierung des betreffenden Landes oder diese Regierung schließt die von ihr gewollte Stickstoffanlage künstlich durch Subventionsgelder oder Zölle.

Am Mai 1928 fand eine große internationale Stickstoff-Konferenz statt, die aber, wenigstens gegenüber der Öffentlichkeit, zu sichtbaren Ergebnissen nicht führte. Es kam keine Preisvereinbarung zustande, kein internationales Stickstoffsyndikat ist gegründet worden, und es sieht auch nicht so aus, als ob in absehbarer Zeit eine Zusammenarbeit der Stickstoffproduzenten in internationalem Maßstab möglich wäre. Nur dort ist ein internationales Syndikat möglich, wo das schnelle Aufkommen neuer Konkurrenten nicht gefährdet zu werden braucht. Beim Stickstoff ist es jedoch, wie schon gesagt, so, daß alle Länder, insbesondere diejenigen, die militärische Interessen in den Vordergrund stellen, die Errichtung eigener Stickstoffanlagen wünschen. Außerdem gibt es nur wenige Länder, die aus Mangel an Kohlen, Wasserkräften oder anderen Energiequellen in der Lage wären, künstlichen Stickstoff zu erzeugen. Werfen wir einmal einen Blick, was

allein das Jahr 1928 an Neugründungen

und neuen Projekten gebracht hat; in Deutschland erweitert die A. G. Farbenindustrie ihre Anlagen, so daß die Leistungsfähigkeit, die zu Beginn des Jahres 1928 etwa 600 000 Tonnen Reinstickstoff betrug, sich bis Ende 1929 auf mindestens 800 000 Tonnen gesteigert haben wird. Es wurden ferner die Neuanlagen der Werke Mont-Cenis und der Generalität Sibernia in Betrieb genommen. Im Herbst 1929 soll schließlich die Stickstoffanlage der Ruhrchemie A.-G., hinter der die großen Kohlenlager des Ruhrgebietes stehen, fertig werden. In Bayern und in Bielefeld (bei Rittgenberg) sind Neuanlagen kleineren Formats in Angriff genommen. Der Winterhaff-Konzern hat die Errichtung einer Stickstoffanlage beim Schacht Heringen beschlossen.

In Frankreich bauen sowohl der Kuhlmann-Konzern als auch der Düngemittel-Konzern L'Azote („flüssige Luft“) ihre Stickstoffanlagen aus. In Italien erweitert der Montecatini-

Konzern seine Stickstoffproduktion, gleichzeitig beteiligt er sich am Bau von Stickstoffwerken in Polen, Belgien und Holland. In Belgien wurde außerdem die Société Belge de l'Azote sowie zwei weitere Gesellschaften zur Stickstoffherstellung im Jahre 1928 gegründet. In Holland erfolgte die Gründung einer Stickstoff-Gesellschaft, an der interessanterweise außer dem holländischen Staat der große englische Shell-Konzern (Deirust) beteiligt ist. In der Schweiz haben die Longa-Werke ihren Produktionsapparat vergrößert, und vor einigen Tagen wurde in Genf eine neue Stickstoff-Gesellschaft gegründet, an der eine schweizerische Chemiefirma (Ciba), der große französische Kuhlmann-Konzern sowie eine amerikanische Gesellschaft beteiligt sind.

In Polen werden die ehemals deutschen Chorzow-Werke vergrößert, daneben sind zwei Neuanlagen im Bau, die eine unter Beteiligung von Montecatini, die andere unter Beteiligung des ehemals deutschen Fürsten von Pleß. In Finnland entsteht unter französischer Beteiligung und unter staatlicher Regie gleichfalls eine große Stickstoffanlage. In England erweitert die Imperial Chemical Industries Ltd. ihre Anlagen.

Wie in Europa so wird auch außerhalb Europas mit größter Energie in der Errichtung neuer Stickstoffwerke gearbeitet. In den Vereinigten Staaten wird in einigen Monaten eine riesige Anlage in Betrieb genommen werden, die dem Chemiekonzern Allied Chemical and Dye Corporation gehört und die 250 000 Tonnen Reinstickstoff erzeugen soll. Allein durch Inbetriebnahme dieser Anlage wird die gegenwärtige Weltproduktion um fast 20 Proz. erhöht.

Große Stickstoffanlagen entstehen auch in Japan und in Korea. Die japanischen Salpeter-Produzenten haben gleichfalls unter dem Schutz des japanischen Staates ihre Produktion erhöht und sich zu einer einheitlichen Front zusammengeschlossen. Vor zwei Wochen wurde bekannt, daß auch die am holländischen Salpeterbau interessierte amerikanische Eugenheim-Gruppe, die bisher absieht, sich der Verkaufsorganisation der Chile-Salpeter-Produzenten anzuschließen hat. Schließlich sei noch erwähnt, daß vor kurzem aus Südafrika die Meldung von großen Salpeterfunden kam und daß bereits eine englische Gesellschaft zur Ausbeute dieser natürlichen Stickstoffvorkommen begründet worden ist.

Es läßt sich nicht abschätzen,

welchen Zuwachs zahlenmäßig die Weltstickstoffproduktion durch diese und andere Neuanlagen erfährt, denn die Leistungsfähigkeit der einzelnen Werke geht weit auseinander. Bald handelt es sich um kleine Anlagen von 5000 oder 10 000 Tonnen, bald um Riesenanlagen von 100 000 und 250 000 Tonnen. Auf alle Fälle ist aber sicher, daß die Weltproduktion sich sehr rasch auswärts entwickeln wird, und es ist sehr unsicher, ob der Bedarf der Landwirtschaft mit dieser Produktionssteigerung Schritt halten können. Vielleicht wird dann, wenn die Ueberproduktion zutage tritt, wenn also die Preise insollgedessen sinken müssen, soweit sie nicht durch Zölle künstlich geschützt werden, sich die Zahl neuer Konkurrenten nicht mehr im bisherigen Tempo vermehren. Und vielleicht wird dann der Zeitpunkt gekommen sein, wo sich die Produzenten endgültig zusammensuchen werden, um die Welt mit einem neuen internationalen Syndikat zu beglücken, einem Syndikat, dessen Zweck es sein wird, die Preise hochzuhalten.

Die Kassengelder des Reiches.

Weitere Ausgabe von Schatzwechseln.

Wir haben gestern über die Maßnahmen des Reiches berichtet — eine Bestätigung liegt auch jetzt noch nicht vor — die zur rechtzeitigen Auffüllung der Kassenbestände des Reiches für die großen Anforderungen dienen sollen, die in diesem Frühjahr zu erwarten sind. Bisher scheinen endgültig 150 Millionen Reichsschatzwechsel mit siebenmonatiger Laufzeit bei Privatbanken untergebracht worden zu sein. Die „Frankfurter Zeitung“ will wissen, daß tatsächlich dafür der hohe Zinssatz von 7½ Proz. angelegt werden mußte. Ein Grund für den hohen Zinssatz könnte darin liegen, daß diese Schatzwechsel bei der Reichsbank zwar mit 7½ Proz. befreit, aber nicht mit 6½ Proz. rediskontiert werden können. Auch stellen solche nicht rediskontierbare Schatzwechsel für die Banken eine weniger flüssige Anlage dar.

Es wird aber auch gemeldet, daß das Reich noch weitere 107 Millionen Reichsschatzwechsel ausgeben will, die Ende Januar 1930 fällig werden sollen, also eine elfmonatige Laufzeit haben und wahrscheinlich ebenfalls mit 7½ Proz. verzinst werden. Damit würde das Reichsfinanzministerium noch der Ermächtigung auf 657 Millionen Reichsmark für Kassenwechsele den noch offenen Gebrauch machen. Die Reichsfinanzverwaltung hätte dann 400 Millionen Reichsschatzwechsel mit dreimonatiger Laufzeit bei der Reichsbank in Umlauf, 150 Millionen mit siebenmonatiger und 107 Millionen mit elfmonatiger Laufzeit, von denen die beiden letzteren bei der Reichsbank lombardiert werden könnten. Damit dürfte allerdings der Kassenbedarf des Reiches immer noch nicht in dem erforderlichen Maße befriedigt sein.

Wir sagten gestern schon, daß diese Geldbeschaffung eine reine Kassenmäßige und vorübergehende ist, für die selbstverständlich die Deckung vorhanden ist und mit denen keine neuen Ausgaben gemacht werden.

Eine amtliche Erklärung.

Kurz vor Redaktionsschluß erhalten wir folgende amtliche Erklärung:

Das Reich hat durch die Reichsbank an der Börse lombardfähige Reichsschatzweisungen verkauft, die zum Teil am 30. September dieses Jahres, zum Teil am 31. Januar 1930 fällig werden. Der Zinssatz beträgt 7½ Proz. In Frage kommt ein Betrag von etwa 155 Millionen Reichsmark. Es handelt sich um eine Transaktion, die erforderlich wurde, um das Reich in die Lage zu versetzen, die durch die Lage am Arbeitsmarkt verschärfte Ultimaoschwierigkeiten zu überwinden. Der Weg der Reichsschatzweisungen, das heißt einer kurzfristigen Anleihe, mußte gewählt werden, da der durch das Reichsbankgesetz auf 400 Millionen Reichsmark limitierte Betrag der rediskontfähigen Schatzwechsel bereits ausgeschöpft ist.

Eine rentable Großmühle.

Bremer Rolandmühle A.-G. verteilt zum 5. Mal 10 Prozent Dividende.

Großmühlen trifft man wenige in Deutschland, deren Rentabilität Jahre hindurch immer außer Zweifel stand. Zu diesen wenigen Mühlen gehört die Bremer Rolandmühle A.-G., die bisher auch, abgesehen von Bankkrisen, sich keiner der größeren Konzernmühlengruppen angeschlossen hat. Seit 1924 hat die Rolandmühle A.-G., deren Anlagen außerordentlich günstig im Bremer Hafen liegen, und mit der direkten Wasserversorgung auch die bequemsten Ab- und Abfuhranlagen hat, jedes Jahr auf ihr Kapital von 5 Millionen Reichsmark eine Dividende von 10 Proz. verteilt.

Die Rolandmühle bleibt auch im Jahre 1928, obwohl zeitweise die Roggenmühle nur ungenügend beschäftigt war, bei der relativ hohen Dividende von 10 Proz. Sie hätte sogar nicht unerheblich viel mehr an die Aktionäre verteilen können. Der Betriebsgewinn ist von 185 auf 229 Millionen Reichsmark gestiegen, und wenn die Handlungskosten mit 0,55, Reparaturen mit 0,40 und Zinsen mit 0,47 Millionen um 20 bis 30 Proz. höher ausgewiesen sind als im Vorjahr, so dürften darin sicher einige Reserveposten verborgen sein, die neben der Stärkung der offenen Kassen um neue 50 000 Reichsmark den inneren Wert der Unternehmung noch weiter erhöhen.

Der Verkaufserfolg der Terra-Filme. Die Terra-Film A.-G., die im vorigen Jahr größtenteils in den Besitz der A.G. Farbenindustrie überging, meldet für das Geschäftsjahr 1927/28 einen Verlust von rund 20 000 Reichsmark, während in dem Vorjahr eine Dividende von 6 Proz. gezahlt werden konnte. Im Geschäftsbericht wird der verbleibende Abschluß auf die Ueberproduktion im Inland, sowie das starke Angebot ausländischer Filme im deutschen Vertriebsgebiet zurückgeführt. Die Gesellschaft, die im vorigen Jahr ihr Aktienkapital von 1 auf 3 Millionen heraufsetzte, hat ihre Produktion ganz bedeutend ausgebaut. Sie verfügt jedoch im Gegensatz zu anderen Filmgesellschaften nicht über einen eigenen Theaterbestand, sondern erhält bisher nur ein Uraufführungstheater in Berlin. Die verstärkte Produktion wird in den Abschlußjahren daraus ersichtlich, daß die bis auf 1 Reichsmark abgezeichneten Filme in dem vorjährigen Abschluß mit rund 0,78 Millionen ausgewiesen werden, während die angegangenen Filmpartien mit fast 0,45 Millionen zu Buche stehen. Die Geldverhältnisse der Gesellschaft sind infolge der Kapitalerhöhung außerordentlich flüssig, so besteht ein Bankguthaben von über 600 000 Reichsmark, außerdem noch weit mehr als verdoppelte Forderungen von fast einer Million, während die gesamten kurzfristigen Schulden einschließlich Anzahlungen auf neue Produktion noch nicht 300 000 Reichsmark erreichen.

Elektrifizierung der Reichsbahn. Im Laufe des Jahres 1928 wurden elektrifiziert 171 Kilometer Fernbahn- und 113 Kilometer Stadt- und Vorortstrecken. Am Schluß des Jahres 1928 wurden 1287 Kilometer Fernstrecken und 225 Kilometer Stadt- und Vorortstrecken, zusammen 2,512 Kilometer der gesamten Streckenlänge des Reiches der Deutschen Reichsbahn elektrisch betrieben.

Spanische Einheitsluftverkehrs-Gesellschaft. Wie aus Spanien berichtet wird, werden in der neuen Einheitsluftverkehrsgesellschaft außer spanischen Industrie- und Finanzkreisen voraussichtlich die der Deutschen Lufttransport- und -Anstalt nahestehende Aeria Compania Aeria de Transportes S. A. und die den Junkers-Werken nahestehende Compania Union Aeria Espanol zu gleichen Teilen vertreten sein. Die Gesellschaft wird die Bezeichnung Concessionaria de Avias Aeria Subvencionada S. A. (Clasia) tragen.

Eisenproduktion und Konjunktur.

Große Januarproduktion von Rohstahl und Walzwerkserzeugnissen.

Wir haben vor einigen Tagen auf die auffallend große Produktion von Roheisen im Monat Januar hingewiesen. Sie lag höher als der Durchschnitt Januar bis Oktober vorigen Jahres, und wir sagten, daß diese außerordentlich hohe Eisenproduktion auch für die Beurteilung der Konjunktur keineswegs gleichgültig sei. Das Institut für Konjunkturforschung weist jetzt darauf hin, daß der Produktionsausfall infolge der Aussperrung im Monat November auch durch die hohe Januarerzeugung noch nicht voll wettgemacht sei; denn einem arbeitsmäßigen Produktionsdurchschnitt von 33 000 Tonnen von August bis Oktober 1928 ständen nur 24 300 Tonnen im Durchschnitt der Monate November bis Januar gegenüber. Die Produktionssteigerung sei nicht konjunkturrell.

Wir glauben, daß diese Argumentation nicht schlüssig genug ist, um die große Roheisenerzeugung im Januar für die Beurteilung der Konjunktur ganz unwirksam machen. Einmal ist zweifellos eine gewisse Menge Roheisen infolge des Ausfalls der Ruhrproduktion im Monat November zusätzlich nach Deutschland hereingekommen, zum anderen wurden auch Vorräte noch verbraucht. Dennoch läßt sich aus den Produktionsziffern allein noch nichts Endgültiges sagen, und man wird die Erzeugungsziffern der nächsten Monate abwarten müssen, und zwar mit Sicherheit mehrerer Monate, da die Frostwirkungen im Februar auch an der Erzeugung der Eisenindustrie nicht spurlos vorübergegangen sein werden.

Sehr interessant sind die neuen Ziffern über die Rohstahlerzeugung und die Erzeugung von Walzwerkserzeugnissen für den Monat Januar. Auch hier gelten natürlich angesichts der 80prozentigen Beteiligung des Ruhrgebietes an der Erzeugung die von uns oben gemachten Einschränkungen. Aber auch die Rohstahl- und Walzwerkserzeugungsziffern sind erstaunlich hoch.

Nach der Zeitschrift „Stahl und Eisen“ ist im Monat Januar 1928 mit 26 Arbeitstagen eine Rohstahlerzeugung von 1,47 Millionen Tonnen festgestellt worden. Das bedeutet gegenüber der Erzeugung vom Dezember 1928, der 24 Arbeitstage hatte und noch unter den Auswirkungen des Ruhrarbeitskampfes litt, mit 1,69 Millionen Tonnen eine Steigerung um 40 Proz. Interessant ist aber wieder, daß die Erzeugung des vorjährigen Januar mit 1,47 Millionen Tonnen (ebenfalls 26 Arbeitstage) wieder voll erreicht worden ist. Die Januarerzeugung liegt noch um 0,16 Millionen Tonnen über der Erzeugung des letzten regulären Monats Oktober 1928 mit 1,31 Millionen Tonnen und

liegt auch nicht unerheblich über dem Monatsdurchschnitt der ganzen Zeit von Januar bis Oktober 1928.

So hoch man nun aber auch die noch nachzuholenden Produktionsausfälle einschätzt, so ist es doch von einiger Bedeutung, daß alle Gebiete außerhalb der Ruhr von Dezember bis Januar ebenfalls sehr beträchtliche Produktionssteigerungen aufzuweisen haben, obwohl doch die Produktionsziffern der nicht von Ruhrkampf unmittelbar betroffenen Gebiete im Monat Dezember nicht ungewöhnlich niedrig sein konnten. In diesen Gebieten ergeben sich Steigerungen gegenüber Dezember von 3 bis 20 Proz. Diese Produktionserhöhungen in den nicht von Arbeitskämpfen betroffenen Gebieten dürfte die Bedeutung der gesamten Januarerzeugung von Rohstahl für das ganze Reich auch unter konjunkturellen Gesichtspunkten noch unterstreichen.

Ein ähnliches Bild wie bei der Rohstahlerzeugung ergibt sich auch bei der Produktion von Walzwerkserzeugnissen. Diese betrug im Januar für das ganze Reich 1,00 Millionen Tonnen, das sind über 20 Proz. mehr als im Dezember (24 gegen 26 Arbeitstage) und fast genau soviel wie im Januar 1928 mit ebenfalls 26 Arbeitstagen. Die Januarerzeugung bleibt nur wenig hinter der Oktobererzeugung von 1,03 Millionen Tonnen zurück, ist aber ebenfalls mindestens so groß wie der Durchschnitt der Erzeugung von Januar bis Oktober 1928. Bei den Erzeugungsziffern außerhalb der Ruhr ergibt sich von Dezember bis Januar auch bei den Walzwerkserzeugnissen wieder eine Steigerung und zwar in ähnlichen Ausmaßen wie beim Rohstahl.

Arbeitsmäßig hat sich die Rohstahlerzeugung gegenüber Dezember von 45 442 auf 56 525 Tonnen erhöht gegenüber 56 574 Tonnen im Januar vorigen Jahres. Die arbeitsmäßige Walzwerkserzeugung stieg gegenüber Dezember von 33 248 auf 38 532 Tonnen gegenüber 38 675 Tonnen im Januar vorigen Jahres.

Diese starke Januarerzeugung sowohl bei Roheisen als auch bei Rohstahl und den Walzwerkserzeugnissen gibt einigen Anlaß, die weitere Entwicklung mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Kohlenumlage unverändert. Im rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikat geht ein sehr heftiger Kampf darum, ob die einen Teil ihrer Kohlenförderung verkaufenden Hülsen mit ihren Selbstverbrauchsquoten zur Finanzierung der Verluste von Kohle in die vom Ausland bestrittenen Gebiete wie bisher beitragen sollen oder nicht. Zur Erledigung dieses Kampfes stehen noch Schiedsgerichtsurteile und Gerichtsurteile aus. Wenn die sogenannten Selbstverbraucher zur Syndikatsumlage, aus der die Verluste finanziert werden, nicht beitragen, möchte die Syndikatsumlage von jetzt 2,20 Reichsmark erhöht werden. Diese Erhöhung ist für den zurückliegenden Monat Januar noch nicht angenommen worden, vielmehr wurde bei der Verrechnung mit den Hülsen wieder die Umlage von 2,20 Reichsmark angelegt, allerdings vorbehaltlich der endgültigen Regelung.

Man ist nur so alt, wie man aussieht.

deshalb benutze man „Exelpang“. Gibt grauen Haaren die Jugendfarbe wieder. Färbt nach und nach. Vollständig unschädlich. Seit 30 Jahren Weltweit. Von tausenden Aerzten, Professoren usw. gebraucht und empfohlen. Preis M. 7.—. Für schwarze Haare „Extra stark“ M. 12.—. Erhältlich in Parfümerien, Friseurgesch., Droger., usw., wo nicht, zu haben Parfümeriefabrik „Exelpang“, nur Berlin SO., 98, Moskauer Straße 9.

54 Grippe, Influenza

u. a. Erkältungskrankheiten haben sich Cognol-Tabletten hervorragend bewährt. Im Anfangsstadium genommen, verschwinden die Krankheitserscheinungen sofort. Lt. met. Bestätigung sind innerhalb 6 Monaten mehr als 1500 Gutachten eingelesen als Arztergebnisse eingegangen, darunter v. namhaften Professoren u. aus ersten Kliniken u. Krankenhäusern. Überwiegend erfolgreiche Fragen Sie Ihren Arzt! Cognol ist in allen Apotheken erhältlich. Preis Dfl. 1.40

123 123. 640 Chaus. 243 Acid. 2028. 24. 100 2024.

Die Kurzarbeiterfürsorge.

Was man darüber wissen muß.

In der letzten Zeit haben wieder sehr viele Betriebe Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen. Dabei zeigt es sich, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer wie auch die Betriebsvertretungen über die Bestimmungen für die Kurzarbeiterfürsorge nicht oder nur sehr unzureichend unterrichtet sind.

Die Kurzarbeiterfürsorge ist durch eine am 30. Oktober 1928 ergangene Verordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt zunächst bis zum 30. Juni 1929 für alle Berufe und für das Reichsgebiet geregelt.

Die Verordnung besagt, daß die Gewährung der Kurzarbeiterunterstützung nur an Arbeitnehmer gewerblicher Betriebe, in denen regelmäßig mindestens 10 Personen beschäftigt werden, erfolgen kann. Es ist dagegen nicht erforderlich, daß alle Arbeitnehmer oder doch mindestens 10 verkürzt arbeiten. Die Unterstützung kann also auch für einen einzelnen Arbeitnehmer, für den die Notwendigkeit der Arbeitsverkürzung eingetreten ist, gewährt werden, wenn er in einem gewerblichen Betriebe mit mindestens 10 Beschäftigten arbeitet, und wenn er im übrigen die weiteren Voraussetzungen für die Kurzarbeiterfürsorge erfüllt.

Eine Zahlung der Kurzarbeiterunterstützung kommt nur beim Ausfall voller Arbeitstage in Frage. Sie ist dagegen nicht zugelassen, wenn eine Verkürzung der Arbeitszeit nur in der Weise eingetreten ist, daß täglich eine geringere Anzahl von Arbeitsstunden geleistet wird. Beim Ausfall voller Arbeitstage erfolgt die Zahlung der Unterstützung derart, daß sie bis zum vierten Tage gewährt wird. Ist also nur an einem Tage gearbeitet worden, so wird die Unterstützung für drei Tage gezahlt. Wurde dagegen an zwei oder drei Tagen gearbeitet, so erfolgt die Zahlung für zwei Tage bzw. einen Tag.

Wie hoch ist die Unterstützung?

Wie im Falle der Vollarbeitslosigkeit richtet sich die Höhe der Unterstützung auch in der Kurzarbeiterfürsorge nach dem Arbeitsentgelt, das der Unterstützungsberechtigte in den letzten 13 Wochen vor Eintritt des Unterstützungsfalles bei voller Arbeitszeit bezog. Falls durch die Gewährung der Kurzarbeiterunterstützung sich für die Versicherung bei der Krankenkasse eine höhere Lohnstufe ergibt als die, die für den Kurzarbeiter in Frage käme, so erhöht sich die Unterstützung auf Antrag um diejenigen Beitragssätze, die aufgewendet werden müssen, um die Versicherung in der Lohnstufe durchzuführen, die dem Kurzarbeiter zugänglich der Kurzarbeiterunterstützung entspricht. Ein diesbezüglicher Antrag kann nur innerhalb zweier Wochen seit Beginn der Unterstützungsperiode gestellt werden.

Die Kurzarbeiterunterstützung und das Arbeitsentgelt dürfen nach Artikel 3 Abs. 3 der angezogenen Verordnung fünf Sechstel des vollen Arbeitsentgeltes nicht überschreiten. Für Tage, an denen der Kurzarbeiter andere entgeltliche Arbeit verrichtet, kommt eine

Zahlung der Unterstützung selbstverständlich nicht in Frage. Sie wird außerdem verweigert, wenn der Unterstützungsberechtigte die Annahme einer Arbeit, die ihm zugemutet werden kann, verweigert. Die Bestimmungen des § 90 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung finden hier entsprechende Anwendung.

Wann beginnt die Unterstützung?

Bevor die Zahlung der Unterstützung beginnt, müssen in den in Frage kommenden Betrieben unmittelbar zuvor in zusammenhängenden Kalenderwochen bereits insgesamt acht volle Arbeitstage ausgefallen sein. Mindestens müssen wöchentlich zwei volle Arbeitstage ausgefallen sein. Diese Wartezeit, für die eine Unterstützungszahlung nicht erfolgt, konnte nach früheren Bestimmungen im günstigsten Falle nur innerhalb dreier Wochen zurückgelegt werden. Sie kann dagegen jetzt schon in zwei Wochen erfüllt werden. Die Kurzarbeiterunterstützung wird auch gewährt, wenn der Betrieb unmittelbar zuvor zwei Wochen hintereinander geruht hat.

Nach den jetzt geltenden Bestimmungen können sich die Ausfalltage neuerdings auch auf zwei Wochen verteilen, so daß der Eintritt der Kurzarbeiterfürsorge auch dann erfolgen kann, wenn in einer Kalenderwoche voll oder verkürzt gearbeitet und in der anderen gefeiert wird. In diesem Falle wird der Ausfall von zwei Arbeitstagen in der Doppelwoche dem Ausfall je eines Arbeitstages in der Kalenderwoche gleichgesetzt.

Die Zahlung der Unterstützung beginnt frühestens mit der Woche, die auf den Tag des Eingangs der Anmeldung zur Kurzarbeiterfürsorge folgt. Die Anmeldung des Betriebes sowie die Antragstellung muß bei dem Arbeitsamt erfolgen, in dessen Bezirk der verkürzt arbeitende Betrieb gelegen ist. Der Antrag ist von dem Arbeitgeber oder von der Betriebsvertretung zu stellen. Er kann, falls keine Betriebsvertretung besteht, auch von einem einzelnen Arbeitnehmer für alle Kurzarbeiter des Betriebes gestellt werden.

Die Ausschaltung der Unterstützung hat der Arbeitgeber auf Verlangen des Arbeitsamtes kostenlos vorzunehmen. Wenn in der Zahlung der Kurzarbeiterunterstützung eine Unterbrechung von mehr als drei Wochen eintritt, so kann die Unterstützung erneut erst dann gewährt werden, wenn die Bedingungen der Wartezeit, der Anmeldung des Betriebes und der Antragstellung wiederum erfüllt sind.

Die Arbeitnehmer, die aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung als Kurzarbeiter unterstützt werden wollen, müssen die Voraussetzungen des § 95 des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erfüllen. Sie müssen also in den letzten 12 Monaten vor Eintritt der Kurzarbeit in mindestens 26 Wochen versicherungspflichtige Arbeit geleistet haben.

Verschiedene Arbeitsämter haben die Sonderregelung für den Fall der berufsbahmigen Arbeitslosigkeit zugunsten der Gärtner ausgelegt. Obwohl der Begriff berufsbahmige Arbeitslosigkeit auf gelernte Gärtner überhaupt nicht anwendbar ist, wurde die Weiterzahlung der Arbeitslosenunterstützung in vielen Fällen verweigert. Durch das Eingreifen der Organisation ist es aber in den meisten Fällen möglich gewesen, den Arbeitslosen zu ihrem Recht zu verhelfen.

Bernotat verbreitete sich dann über die kommenden Aufgaben des Verbandes. Es sind einige Manteltarifverträge und alle Lohnverträge gekündigt. Bei der Einstellung der Unternehmer wird es der größten Anstrengungen aller Mitglieder bedürfen, um Tarifverträge abzuschließen, die den Verhältnissen entsprechen. Den Kassendruck, der gedruckt vorlag, erläuterte Genosse Saar. Die Steigerung der Gesamteinnahmen betrug über 18 Prozent.

In der Diskussion wurde die Tätigkeit der Verwaltung und des Vorstandes in anerkennendem Sinne gewürdigt. Den Angestellten wurde einstimmig das Vertrauen ausgesprochen und der bisherige Vorstand wiedergewählt.

Ein modernes Gewerkschaftsbureau.

Wie es die Berliner Lithographen einrichteten.

Die Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Lithographen und Steindruckere konnte kürzlich ihre zu eng gewordenen Bureau und die Ortsverwaltung der Bauarbeiter verlegen, nachdem diese ihr eigenes Haus in der Grobbeerstraße bezogen hatte. Als die Ortsverwaltung der Lithographen im Jahre 1900 ihr Bureau in das Gewerkschaftshaus verlegte, zählte sie rund 1000 Mitglieder; diese Zahl hat sich inzwischen verdreifacht und damit ist ein sehr hoher Prozentsatz der Berufsangehörigen organisiert.

Die Angestellten wie die Mitglieder empfanden es damals schon als eine große Erleichterung, daß sich der Geschäftsverkehr und die Arbeitsvermittlung in zwei Räumen abwickeln konnte. Mit der Zeit erwiesen sich diese Räume mehr und mehr als zu klein. Jahrelang war die Ortsverwaltung vergeblich um mehr Raum bemüht, bis sich endlich die Gelegenheit bot, ein Bureau zu schaffen, das für absehbare Zeit ausreichte.

Dabei ist anerkennenswert, daß die Lithographen bei der Einrichtung ihrer neuen Räume vorbildliche Reformarbeit geleistet haben. Die reichhaltige Bibliothek ist gut untergebracht, ein Sitzungszimmer geschaffen, und auch die Arbeitsräume der Angestellten sind entsprechend ausgestattet. Seltene Beleuchtung, praktische Büromöbel und zweckmäßige Raumanordnung ermöglichen einen reibungslosen Verkehr der Verwaltung mit ihren Mitgliedern. Farbenreue der Flächen und Gebiegenheit des Mobiliars geben den neuen Räumen ein gefälliges Aussehen.

Was die Lithographen im kleinen Rahmen geschaffen haben, darf für viele andere Organisationen als vorbildlich bezeichnet werden. Mühen doch immer noch Angestellte in Räumen arbeiten, die längst nicht mehr den modernen Anforderungen entsprechen.

Einigung in der schlesischen Landwirtschaft.

Am 19. Februar wurde im Reichsarbeitsministerium über den Schiedspruch verhandelt, der am 26. Januar für die schlesische Landwirtschaft gefaßt worden ist. Die Arbeiter hatten den Schiedspruch angenommen und seine Verbindlichkeit beantragt, die Arbeitgeber hatten ihn abgelehnt.

Beide Parteien hatten nun die Erklärung abgegeben, daß sie sich dem Entschieden des Reichsarbeitsministers fügen und ihn als freie Vereinbarung der Parteien gelten lassen wollten. Der Entschieden ist gefaßt und hat folgenden Wortlaut:

„In der Lohnstreitigkeit zwischen dem Land- und Forstwirtschaftlichen Arbeitgeberverband für die Provinz Schlesien und dem Deutschen Landarbeiter-Verband, dem Zentralverband der Landarbeiter stimmen die unterzeichneten Parteien den Bestimmungen der Ziffern 3, 8, 9, 11, 12, 13, 14, 15 des Schiedspruches vom 26. Januar 1929 zu.“

Hinsichtlich der noch streitigen Bestimmungen des Schiedspruches, über die eine Einigung nicht erzielt werden konnte, vereinbarten die Parteien, daß der Spruch des Landesgerichts Dr. Feuer über die Gestaltung dieser tariflichen Bestimmungen endgültig und bindend ist und als Tarifvertrag zwischen ihnen gilt.

Damit gilt die für die schlesische Landwirtschaft zustande gekommene Lohnregelung als freie Vereinbarung. Sie bedeutet eine Erhöhung des Bauernlohnes ohne der Ackerbauer und Lohnarbeiter um zwei Pfennig, des Freiarbeiter und der Landarbeiterinnen um drei Pfennig und des Jugendlichen um zwei bis sieben Pfennig.

Zusammenbruch eines „Generalstreiks“.

„Die roten Gewerkschafter haben nicht standgehalten.“

Die Tschechoslowakei hat eine ausgedehnte Textilindustrie, die vor allem in Nordböhmen ihren Standort hat. Einen großen Teil dieses Gebietes zählen die Kommunisten zu ihren Hochburgen. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der nordböhmerischen Textilarbeiter sind recht ungünstig. Schuld daran trägt vor allem die kommunistische Partei, die die Arbeiterklasse solange gehalten hat, bis ein großer Teil von gewerkschaftlicher Organisation überhaupt nichts mehr wissen will. Die kommunistische Parteileitung versuchte nun über die gewerkschaftlichen Organisationen hinweg eine große Streikbewegung zu entfesseln. Ohne die eigenen Funktionäre zu befragen, gab das „Büro“ die Streikparole heraus. Noch am Dienstag verkündete der „Vorwärts“ in Reichenberg, dem besten Bezirk der kommunistischen Partei in der ganzen Tschechoslowakei, daß für die gesamte nordböhmerische Textilindustrie der Generalstreik ausgerufen worden sei. 24 Stunden später aber wurde die kommunistische Presse mitteilen, daß der Streik in Nord-

Ihre Kerzen brauchen Baldrament, ein Pflanzenprodukt von großer Heilwirkung, die natürliche Kerzenmedizin gegen nervöse Störungen, Erregungen, unruhigen Schlaf, Schlaflosigkeit, Schwindelanfälle, Beklemmungen und Herzschwäche, die Grundursache vieler Körperlicher und Nervenleiden Fläche Mk. 1.50 u. 2.70 In Drogerien u. Apotheken erhältlich, sonst bei Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.

Berzweiflungsstrategie der KPD.

Zu den Betriebsrätewahlen.

Bei den Betriebsrätewahlen sollen die Angestellten der Berliner Moskafiliale ihren Befähigungsnachweis erbringen. Solange es sich nur darum dreht, innerhalb der gewerkschaftlichen Grenzen bei der Aufstellung der Kandidatenlisten zur Betriebsrätewahl den einen oder anderen kommunistischen „Oppositionellen“ mit auf die Liste zu bringen, handelt es sich um ein an sich legales Bestreben der „Opposition“, wogegen — von der Begleitmusik der KPD-Presse abgesehen — nichts einzuwenden war.

Inzwischen aber ist man in Rostau dahinter gekommen, daß diese Betätigung der „Opposition“ reformistisch und nicht „revolutionär“ sei. Losowski kam nach Berlin und machte seinen jungen Leuten den Standpunkt klar. Er diktierte ihnen als Ausgangspunkt der einschlagenden neuen „revolutionären“ Taktik gegen die Gewerkschaften den Satz:

„Die deutschen Kommunisten haben in der Periode der Ruhrkämpfe festgestellt, daß die nicht organisierten Arbeiter sich als revolutionärer erwiesen haben als die organisierten Gewerkschafter.“

Diese „Feststellung“ ist zwar falsch und unsinnig, im günstigsten Falle eine falsche Einschätzung der Verdränger unter den ausgesperrten Unorganisierten darüber, daß sie zunächst ganz ohne Unterstützung blieben und nachdem mit geringerer Unterstützung vorlieb nehmen mußten als die Organisierten. Allein man brauchte diese „Feststellung“, um sie gegen die Gewerkschaften auszuspielen und sich zur politischen Agitation unter den Unorganisierten ein Gefühlsmoment zu verschaffen, nicht zuletzt aber, um den Mißerfolg der jahrelangen kommunistischen Werttreiben gegen die Gewerkschaften zu bemänteln, der sich gerade bei dem Streik der Werstarbeiter und der Rassenausperrung an der Ruhr, trotz der W.A.H.-Rüchen sehr deutlich gezeigt hat.

Um fortan erfolgreicher gegen die Gewerkschaften zu arbeiten, will die KPD sich nicht mehr lediglich auf ihre „Opposition“ in den Gewerkschaften verlassen, sondern gleichzeitig die Unorganisierten mobil machen zur Bekämpfung der Gewerkschaften von außen, und zwar zunächst bei den Betriebsräte-wahlen.

Während die „Opposition“ bisher die gewerkschaftlichen Formen einigermassen beachtete, ist jetzt der vollständige Bruch mit diesen Formen proklamiert. Auf die Gewerkschaftslisten zu den Betriebsräte-wahlen sollen Vertreter der Unorganisierten und Andersorganisierten und damit auch der Ausgeschlossenen kommen, jedenfalls Mitglieder der KPD, oder „Sympathisierende“.

Tagtäglich fordert die KPD-Presse in allen Tonarten die Aufstellung „revolutionärer“ Betriebskandidaten und fordert damit die Gewerkschaften direkt heraus. Die Gewerkschaften regen sich zwar darüber nicht auf, machen jedoch die „Opposition“ auf die notwendigen Folgen dieses gewerkschaftsschädigenden Treibens aufmerksam. Da nun den Gerechten von Rostau Gnade alles zum Vorteil ausschlagen soll, bieten diese Warnungen der KPD-Presse willkommenen Anlaß zu einer selbst bei ihr ungewöhnlichen Hehe gegen die Gewerkschaftsführer.

In Berlin ist es besonders der Genosse Ulrich, der als „Spalter“ und „Kauschneißer“ sich der Mißstimmung der KPD-erzucht, während in der „Provinz“ heute der Genosse Hufemann in Bochum, der Genosse Ehrentzeit in Hamburg und morgen der eine oder andere Genosse mit kommunistischem Dreck beworfen wird.

Bei den Betriebsräte-wahlen muß den Rostauern die Quittung für ihr gewerkschaftsschädigendes Treiben recht deutlich ausgestellt werden. Mögen sie außerhalb der Gewerkschaften hegen so viel sie wollen, innerhalb der Gewerkschaften aber haben sie sich den geltenden Beschlüssen zu fügen, wenn sie ihren Ausschluß vermeiden wollen.

Generalversammlung der Gärtner.

Die Verwaltung Berlin des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter hielt am 18. Februar im Gewerkschaftshaus ihre Jahresgeneralversammlung ab. Den Geschäftsbericht gab Genosse Bernotat. Im Berichtsjahre wurden rund 1100 Neuannahmen gemacht. Der Mitgliederzuwachs gegen das Vorjahr beträgt 12 Proz. Das noch stark hervortretende Mißverhältnis zwischen Neuannahmen und Mitgliederzunahme ist hauptsächlich auf die große Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Am Jahresschluß waren allein 1806 gelernte Gärtner als arbeitslos auf dem Arbeitsnachweis eingetragen. Bei den Ungelernten ist die Arbeitslosigkeit weit geringer.

Für alle Branchen des Berufes konnten Lohnerhöhungen in Höhe von 6 bis 10 Proz. vereinbart werden. Für Bildungszwecke sind erhebliche Aufwendungen gemacht worden. Der Rechtsschutz des Verbandes wurde in 118 Fällen in Anspruch genommen. Durch Urteile und Vergleiche sind über 11000 Mk. für die beteiligten Mitglieder gesichert worden. Mit der Kammer 43 (frühere Kammer 36) des Arbeitsgerichts sind schlechte Erfahrungen gemacht worden. Durch den ständigen Vorsitzendenwechsel ist die Art der Rechtsprechung geradezu unhalbtbar geworden. Es ist vorgekommen, daß in einer Streitsache drei verschiedene Vorstände amtiert haben, die zu völlig verschiedenen Ergebnissen gelangten. Auch die Unternehmerorganisationen sind der Auffassung, daß diese Zustände unhalbtbar sind.



Wollsachen brauchen niemals einzulaufen sie bleiben stets warm und mollig mit



SEIFENFLOCKEN Sunlicht Gesellschaft AG Mannheim

Volkmar Iro: 10. Oktober 1740

Unter dem Personal des linken Seitentraktes des Hotels „Des Indes“, des vornehmsten Hotels Batavia's, wäre es an einem kengernd heißen Oktobermitttag fast zu einer der Schlägereien gekommen, die bei dem Haß zwischen Chinesen und Kolosen auf Java an der Tagesordnung sind:

Ein junger Chinese war von der aufstufenden Zimmerfrau beobachtet worden, als er sich bei der versperrten Türe des Zimmers Nr. 11 zu schaffen machte. Auf ihre Frage, was er hier suchte, erklärte er, daß er für Mrs. Henley im Auftrage seines Chefs, eines Juweliere in Westeoreben, eine Mitteilung zu überbringen habe.

Da Furchigen und Chinesen der Eintritt in das Hotel strenge verboten ist, hatte die Zimmerfrau den Partier ruhen lassen, welcher die löchelnde Behauptung des Chinesen, daß er das Hotel durch den Haupteingang betreten habe, entrüstet zurückwies und den Burschen einen verdächtigen Rüger nannte. Es war zwischen beiden zu einem Wortwechsel gekommen, in den sich sofort einige chinesische Hotelknechte und malaiische Geschirrwäscher mischten und nur das plötzliche Erscheinen des Chefs verhinderte eine regelrechte Balgerei. Der junge Chinese war während des Streites rasch verschwunden.

Mrs. Ann Henley kam knapp vor dem Diner von einer Besichtigung der Altstadt Batavia's zurück, hatte die Türe des Zimmers Nr. 11 geöffnet und beobachtete auf der Treppe taumelnde die Mitteilung der Zimmerfrau über den angeblichen Ausbruch des Chinesen. Sie berichtete während des Dinners ihrer Schwester Mary und einem englischen Ehepaar, das mit den beiden Amerikanerinnen die Ankunft des für den nächsten Tag fälligen Dampfers nach Singapur abwartete, über ihre Eindrücke in der Altstadt und erzählte lebhaft von dem Schrecken, den ihr zwei große Ratten eingejagt hatten, die aus dem Schlamm des Kali Besar kamen und knapp vor ihren Füßen über die Straße liefen. Sie hatte eine entsetzliche Furcht vor Ratten und war unter dem Gejohle der vielen badenden Kinder mit einem Schrei über die wüsten Tiere gesprungen.

Der alte Engländer gab lachend einige chinesische Rezepte über die Zubereitung von Ratten zum Besten, Mrs. Ann erklärte voll Abscheu, daß die Gelben überhaupt keine Menschen seien, ihre Schwester protestierte gegen diesen Ausdruck, während der Engländer zustimmend nickte und halb laut sagte:

„Mehrigens ist der heutige Tag ein Trauertag für alle Chinesen in Batavia! In der Nacht des 10. Oktober 1740 fand hier der furchterliche Chinesenmord durch die Holländer statt, die von Mitternacht bis Morgen über zehntausend Chinesen wiedermegelteten!“

Mrs. Ann jubelte gleichgültig mit der Nabel und erklärte laut, daß die Chinesen noch viel ärgere Greuel auf den Gemissen hätten, es gäbe kein grausameres Volk und sie hasse jeden Gelben!

Der Engländer drehte sich unwillig um und warf einen Seitenblick auf den gelben Boy, der beim Nebentisch eine Flasche Mineralwasser entkorkte und mit feinem Knistern seines Besichtes

verriet, daß er das Gespräch belauscht hatte. Auf einen Wink Mrs. Mary servierte er unterwürdig lächelnd ab. Als er außer Hörweite war, flüsterte die Gattin des Engländers ängstlich:

„Nehmen Sie sich vor dem Burschen in Acht, Mrs. Henley! Ich weite, daß er jedes Wort verstanden hat! Diese Gelben sind rachsüchtig bis zur Selbstvernichtung!“

Mrs. Ann lachte und meinte, daß sie vor zwei Ratten mehr Furcht habe als vor sämtlichen gelben Kellnern des Hotels. Man nahm dann den Wodka unter den zwei riesigen Waringinbäumen im Park des Hotels, spielte bis zum Abend Bridge und beachtete kaum mehr den Gelben, der schließlich die befohlenen Drinks brachte.

Der Dampfer trat nächsten Tag erst am späten Nachmittag ein, er hatte durch einen heftigen Sturmschiff eine Havarie des Steuers erlitten, so daß die Abfahrt frühestens für den nächsten Abend in Aussicht gestellt wurde. Mrs. Ann war über die Verzögerung ärgerlich und wurde überdies bei der Rückfahrt in das Hotel von einem Gewitterguy überrascht, der sie in der offenen Kutsche vollkommen durchnässte. Sie ließ sich den See in ihrem Zimmer isolieren und begab sich zeitlich zur Ruhe.

Ihre Schwester, die das anstößende Zimmer bewohnte, fand zu ihrem Erschrecken am nächsten Morgen die Türe versperrt. Sie klopfte eine Weile vergebens, rüttelte an der Türe, es wurde nicht geöffnet.

In ihrer Furcht klingelte sie dem Mädchen, man rief einen Schlosser, der erst nach wiederholten Versuchen das verstellte Schloß sperren konnte. Als Mrs. Mary hastig die Türe aufstieß, fuhr sie mit einem Schrei zurück:

Eine Schar großer Ratten stob in alle Winkel des Zimmers, in welchem das elektrische Licht brannte, auseinander. Am Boden lag lang ausgestreckt Mrs. Ann, an Händen und Beinen mit Stricken gefesselt und an das Bett geschnürt, ein breites Tuch war über ihr Gesicht gebunden und ließ nur die vor Entsetzen weit aufgerissenen Augen frei.

Man rief ihr zuerst das Tuch weg und zog ihr einen Ankel aus dem Mund, löste die Knoten der Stricke und brachte die wie irrinnig stammelnnde zu Bett. Aus ihrem verwirrten Verstand war nur zu entnehmen, daß sie im Schlaf plötzlich gemürgt wurde, dabei vor Schrecken das Bewußtsein verlor und erst wieder gefesselt am Boden mitten in einer Schar von Ratten erwachte.

Während man die Tiere einsang, schrieb Mrs. Ann ununterbrochen um Hilfe und versiel dann in einen ohnmachtähnlichen Schlaf. Bei der näheren Untersuchung des Zimmers fand man den Koffer zerbrochen, sämtlicher Schmuck fehlte. Auf dem Tisch lag ein Stück Papier, auf dem mit chinesischen Ziffern das Datum: 10. Oktober 1740 geschrieben war.

Nach den Fußabdrücken war der Ueberfall durch zwei Täter erfolgt, die über den Balkon in das Zimmer eingestiegen waren. Man forschte sofort nach dem gelben Boy, der die Tische Nr. 8-12 bediente: Er war seit dem vergangenen Abend verschwunden!

Registrierte Gespenster

Die Statistik gilt als das beste wissenschaftliche Beweismaterial bei allen Dingen, die an den Wert der Zahlen glauben und noch nicht wissen, in welcher Weise häufig solch statistisches Material zustande kommt. So ist es kein Wunder, daß auch die Spiritisten anfangen, da sie sonst keine wissenschaftlichen Beweise erbringen können, wenigstens mit Hilfe der Statistik den Beweis für die Richtigkeit ihrer Lehren geben. Der Bibliothekar des Verbandes der französischen Spiritistenvereine in Paris hat sich die Mühe gemacht, sämtliche Gespenstererscheinungen der letzten 50 Jahre aufzuzeichnen und nun, in einer Statistik vereinigt, der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Nicht weniger als 10.000 Geistererscheinungen sind in dieser Statistik aufgezählt. Aber der Herr Bibliothekar glaubt selbst nicht an die Zuverlässigkeit seines Materials. Von all den 10.000 Geistererscheinungen läßt er noch keine 5 Prozent als genügend verbürgt, als authentisch gelten. Nur 800 Fälle sollen in 50 Jahren beglaubigt sein. Ein etwas skeptischer Kritiker würde wahrscheinlich aus der Reihe dieser 800 noch eine ganz gemäßigte Zahl zu streichen wissen. Denn die Spiritisten sind sehr gläubige Leute, die von wissenschaftlicher Kritik und einwandfreiem Beweismaterial nicht viel halten, sondern alles von der subjektiven Erfahrung erhoffen. Unter den 800 Fällen der Gespensterstatistik sollen 200 sich befinden, in denen es gelungen ist, die Identität des erschienenen Geistes mit einem Verstorbenen festzustellen.

Die meisten Gespenster hat man natürlich in Amerika gesehen. Dort sind sie inzwischen etwas alltäglich geworden, und es vergeht kein Tag mehr, an dem nicht irgendein spiritistischer Zirkel über neue Geistererscheinungen zu berichten weiß. Amerika mit seinem Seltenwerden, mit seiner seltsamen bizarren Form der Frömmigkeit, mit seiner nüchternen Alltagslichkeit ist das günstigste Gebiet für Geistererscheinungen, für spiritistische Experimente. Die Leute, die die ganze Welt in Dollar umrechnen, die alle Menschen in Uniformen zwingen, die das ewige Einerlei der Maschinen zum höchsten Gesetz erheben, sind prädestiniert für den Protest gegen das Maschinenzeitalter, gegen das Materielle, gegen die Naturgesetze, gegen die Geschicklichkeit überhaupt. Für sie ist der Spiritismus die Befreiung von der lästigen Tagesfessel, die Flucht ins Geistige, die Flucht ins Unerfennliche, die Flucht vor dem erdrückenden, materielle Geschick des Geldes. Dies Land nährt das moderne Rattenland des Spiritismus und der Geistererscheinungen werden. Über der Pariser Bibliothekar ist mit den Berichten der amerikanischen Spiritisten offenbar nicht sehr zufrieden. Er ist kritischer, skeptischer als diese leichtgläubigen, nur allzu willig geisterlebenden Amerikaner. Er schenkt den Geisterberichten aus Amerika keinen Glauben und bezeichnet sie im allgemeinen als unzuverlässig, und obwohl der weitestgrößte Teil aller Geisterberichte aus Amerika kommt, steht Amerika doch erst an dritter Stelle mit den authentischen Berichten über Geistererscheinungen.

Die meisten authentischen Berichte lieferte England. Und dort wird in der Tat der Spiritismus in einem fast wissenschaftlichen Gewande betrieben. Die Londoner Gesellschaft für psychische Forschung nimmt das Problem sehr ernst und prüft die Experimente sehr sorgfältig. An zweiter Stelle stehen die spiritistischen Verbände von Paris, die ebenfalls eine große Zahl als authentisch anerkannter Geistererscheinungen registriert haben. Alles in allem ein schädes Dokument für die Dummheit und Leichtgläubigkeit unserer Zeitgenossen.

Zoo-Bewohner bei Winterkälte

Die Kinder der Tropen, die in unseren Zoologischen Gärten ihre Leben fristen müssen, scheinen uns in diesen Tagen sibirischer Kälte besonders lächelnd zu sein. Aber die Folgen dieser Witterung sind nicht ganz so schlimm, wie man wohl vermuten mag. Manche tropischen Tiere scheinen die Kälte nicht viel anzuhängen, teilt Dr. Peters nach seinen Erfahrungen im Londoner Zoo mit. „Viele Affen benutzen trotz der grimmigen Kälte die Drehtür in ihrem Käfig und springen einige Zeit in der frischen Luft herum, ohne daß ihnen das etwas schadet. Manche freilich wollen von einem solchen Ausflug nichts wissen und halten sich in möglicher Nähe der elektrischen Heizung auf. Besonders wertvoll sind gerade in dieser Zeit die ultravioletten Strahlen, die den Tieren die Lebensbedingungen bedeutend verbessern. So ist z. B. in dieser arktischen Kälte ein junges Bergzebra geboren worden. Diese Tiere können sonst sofort laufen, wenn sie das Licht der Welt erblicken, aber das junge Zebra war von der Kälte zunächst wie gelähmt. Ultraviolette Strahlen und Massage brachten es dann aber bald auf die Beine, und es entwickelte sich unter dem Einfluß der ultravioletten Bestrahlung ausgezeichnet. Mit Elektrizität lassen sich die meisten Winterprobleme im Zoo befriedigend lösen. Manche Polarvögel halten jetzt ihren Winterschlaf; so gibt es Bären, die den ganzen Winter über nur dann und wann aufwachen, um etwas Wasser zu trinken. Die Eisbären aber, bei denen man eine Vorliebe für die Kälte erwarten möchte, sind sehr für Wärme und weigern sich entschieden, in das kalte Wasser zu gehen, weshalb ihr weißer Pelz sich in ein schmutziges Grau verwandelt hat. Die Sterblichkeit im Zoo ist bei einem kalten trübenden Winter sehr viel geringer als bei kalter Witterung, die den Tieren in sehr viel höherem Grade die Gefahr einer Erkrankung bringt.“

Das Geheimnis des Totenkopfschwärmers

Eine der rätselhaftesten Erscheinungen ist die jedem Insektenkennner bekannte Tatsache, daß in unseren Breiten der Totenkopfschwärmer nicht fortpflanzungsfähig ist. Alle die Totenköpfe, die bei uns beobachtet werden, stammen aus dem Süden. Auf Grund 37jähriger Forschungen kommt F. Stell zu dem Ergebnis, daß die Wälder aller in unseren Gegenden vorkommenden Kiepen fast ausschließlich aus dem nördlichen Afrika oder aus noch südlicheren Gegenden stammen; diese Schwärmer überqueren in einer Nacht das Mittelmeer und werden wahrscheinlich durch günstige Winde bis in unsere Gegenden verfrachtet, wo sie ihre Eier ablegen. Die aus diesen Eiern schlüpfenden weiblichen Schwärmer sind schlammweißes vollkommen unfruchtbar, was man auf eine zu geringe Strahlungsenergie des Sonnenlichtes unserer Breiten zurückführt. Derselbe ungenügende Erwärmung sind die inneren Fortpflanzungsorgane nicht funktionsfähig ausgebildet. Auf die Männchen hat das kühlere Klima unserer Gegenden anscheinend keinen nachteiligen Einfluß, eine Tatsache, die nicht überraschend ist, da bei dem Schwärmer die Entwicklungshemmungen in erster Linie die Weibchen betreffen.

Dr. Gg. Victor Wendel: Katz' und Hund

Obwohl nur ein bißchen Ueberlegung, ein klein wenig Kenntnis vom Leben der freil lebenden Tiere und Fähigkeit, logische Rückschlüsse zu tun, dazu gehört, viele, viele sogenannte „Rätsel“ der Tierwelt zu lösen, so sind diese dennoch selbst begeisterten Tierfreunden bis heute ein Rätsel geblieben. Man sieht dem Tier so oft Klugheit, Intelligenz und sonst noch was unter, was dieses in Wahrheit völlig unbewußt handelt, wo es einfach jahrausendliche Instinkte der Rasse befolgt, die heute teils überflüssig, teils sogar unannehmlich geworden sind, seit der Mensch als Speiser von Nahrung, Wohnung und Schutz an die Stelle der manchmal etwas rauhen Almutter Natur getreten ist.

Ich möchte deshalb mit diesen Zeilen den zahlreichen Tierfreunden eine Anregung bieten, auf eigene Faust biologische Studien zu treiben, auch ohne daß sie dazu immer schwierige Experimente in die freie Natur unternehmen müssen. Ich habe mit Absicht zwei der am leichtesten zu beobachtenden, geistig höchststehenden Haustiergattungen gewählt und bei ihnen ein paar Beispiele bunt herausgegriffen, die meines Wissens noch nicht behandelt worden sind, obwohl gerade sie doch längst schon zu derartigen Fragen herausgefordert hätten. Mühselos wird der wirklich beobachtende Tierhalter eine Fülle ähnlicher Fragen sich nun selbst beantworten können, wenn er auf ähnliche Art an diese gar nicht so kniffligen „Probleme“ herangeht. Hier also einmal zunächst einige Fragen vom Hund:

1. Warum senkt der Hund beim Fressen den Schwanz?

Gibt dem Hund selbst sein Lieblingsfutter; sofern er es nicht mit einem Hops verschlingen kann, wird er beim Fressen den Schwanz gesenkt, fast eingeknickt halten. Während man meint, er müsse freudig wecheln, sieht er geradezu trübsalträchtig da. Warum? — Das wird uns klar werden, wenn wir uns erinnern, daß die Leber des Haushundes ähnlich den Wölfen in Rudeln gesellig lebende Tiere gewesen sind. Hätte nun da ein Hund erbeutet oder aufgefundenen Fraß mit freudigem Schweißwecheln begrüßt, so hätte ihm sofort die ganze Meute den leckeren Bissen streitig gemacht. Zum mindesten wäre eine wilde Belagerung nötig geworden, um den köstlichen Fraß zu behaupten.

Wo war der Hund genötigt, zu „huckeln“? Er schlich sich mit der Beute abseits, nahm eine todtraurige Haltung an und lenkte so nicht Reid und Wächhund der anderen unnötig auf sich. Er konnte einigermassen in Ruhe fressen. Daß er noch jetzt, selbst als gehäuselter Schöhhund, diese schöne Verhaltensweise treibt, wo kein einziges Bedenken ihm die Nahrung stutzig macht, ist eines dieser „antiquarischen“ Ueberbleibsel aus jener wilden Zeit vor rund hunderttausend Jahren, eingepreßt in die Gehirnwindungen auch dann noch, wo es überflüssig geworden ist!

2. Warum knurrt der Hund beim Knochen?

Wenn der Hund einen Knochen hat, verteidigt er ihn knurrend, meist sogar gegen den eigenen Herrn. Bei Fleisch oder anderem Futter ist er viel weniger grimmig. Warum nur? — Ist der Knochen wirklich sein Leckerbrot, wie immer behauptet wird? Gewiß, er braucht Knochen unbedingt zur Nahrung; aber er läßt, sofern er nur genug davon bekommt, doch einen guten Happen Fleisch dem

Knochen vor, wie man stets beobachten kann, wenn man ihm beides gibt. Aber: während er das Fleisch rasch verschlingt, also in Sicherheit bringen kann, braucht er viel Zeit für den Knochen. Dieser kann ihm leicht noch genommen werden. Folglich knurrt er grimmig warnend, sobald er den Knochen hat oder mindestens, wenn ihm dann jemand zu nahe kommt!

Und nun drei weitere kleine Beobachtungen bei unserer Katze:

3. Warum ist die Katze stubenrein?

„Unsere Katze ist so klug: von Klein auf hat sie niemals das Zimmer verunreinigt; immer geht sie auf ihren Kasten und scharrt sorgfältig alles ein!“ — Sehen wir von entarteten Ausnahmen ab — und von vertriebenen Katzen, die absichtlich dinstende „Biltenkisten“ auf Teppichen und Decken hinterlassen —, so ist jede normale Katze so „klug“. Warum? — Bestimmt nicht, um sich damit bei uns beliebt zu machen, sondern auch nur, weil ein uralter, im menschlichen Heim eigentlich nun auch überflüssig gewordener instinktiver Instinkt sie dazu treibt! Katzen sind Raubtiere. Würden sie ihre Ausscheidungen, die besonders scharf riechen, nicht sorgfältig einscharren, so wäre ihre Unwesenheit den Beutetieren sofort verraten. Also: „Sauberkeit“ nur im jagdlichen Interesse!

4. Warum werfen Katzen nichts um?

Solange man eine Katze nicht hört, jagt oder anspricht (und solange sie nicht tobend herumspielt), darf man sie getrost unter kostbarstem Kratz herumpazieren lassen. Sie wird ihre Pfötchen so vorsichtig setzen, daß auch der kleinste Gegenstand nicht berührt wird. Warum? — Nicht, weil sie untern Bestiz achtet und schon, sondern weil sie zu den Schleimhauttieren gehört; weil sie peinlich jedes Geräusch vermeiden muß, will anders sie sich nicht ihren Beutetieren verraten.

5. Warum „knurrt“ die Katze?

Wenn Katzen besonders zärtlich, behaglich oder glücklich sind, machen sie mit ihren Vorderpfoten merkwürdige Hin- und Herbewegungen, die man am besten als „Aneten“ bezeichnet. Warum? — Nun, man beobachtet einmal folgende junge Käthen! Da wird man sie genau die gleichen Bewegungen ausführen sehen, wie — die Milch aus den mütterlichen Zitzen herauspressen zu helfen. Wie aber wir erwachsenen Menschen in zärtlichen und lustigen Momenten oft genug noch absichtlich in die „Bathysprache“ zurückfallen, so hier auch die Katzen. Sie spielen eben „glückliches Kind“, und sie kennzeichnen das durch ihre ursprüngliche Kinderbewegung.

Ein paar lunterhant herausgegriffene Beispiele! Sie sollen keinen Anspruch machen auf hohe wissenschaftliche Bewertung. Sie sollen nur kleine Hinweise sein für eine liebevolle Beobachtung und für logische Rückschlüsse daraus, wenn Tiere um uns sind.

Erste Straße durch die Wüste von Afrika. Von Stanleyville am Congo nach Keflet am Nil quer durch das düstere Afrika geht nunmehr, seit kurzem dem Verkehr übergeben, eine richtige Straße. Die Länge der Route beträgt ungefähr 1200 Kilometer. Nur wenige Orte, meist Negerdörfer, liegen an der Straße, die sicherlich bald zur bekanntesten Automobilspur der Stabtreter werden wird.

Die Kosten der Wohnungsämter.

Oder: Hausbesitzer als Rechenkünstler!

Im Anschluß an Auseinandersetzungen zwischen dem Wirtschaftsparteller Bund und dem Ministerialrat Dr. Ebel vom Reichsarbeitsministerium über die Berechnung der Kosten der Wohnungszwangswirtschaft für das ganze Reich hat in einer der letzten Nummern des „Grundigentum“, dem Organ des Bundes Berliner Haus- und Grundbesitzer, ein sich den Anschein als Fachmann gebender Rechenkünstler, Herr Schönwandt aus Biesenthal, der anscheinend aus der Entfernung die Berliner Verhältnisse besser als die Berliner übersehen kann, ausgerechnet, was die Wohnungsämter der Stadt Berlin kosten. Borweg sei das Ergebnis seiner Berechnungen berichtet:

„9 000 000 Mark jährliche Kosten der Berliner Wohnungsämter! 300 Mark kostet die Zuweisung jeder einzelnen Wohnung durch das Wohnungsamt!“

Angesichts dieser hohen Zahlen ist der Direktor des Berliner Zentralwohnungsamtes Bild in eine Nachprüfung der Berechnung eingetreten und hat durch das Städtische Nachrichtenamt auf verschiedene Rechenfehler und falsche Voraussetzungen des Hausbesitzerintendanten aus Biesenthal hingewiesen. Die Art der Berechnung durch die Hausbesitzer kann jedoch nicht wundernehmen, wenn man bedenkt, daß sie nur ein Glied der Kette bildet, mit der

die Wohnungszwangswirtschaft abgewägt

werden soll. Der Artikelsschreiber im „Grundigentum“ nimmt als Leistungsmaßstab die Zahl der von den Wohnungsämtern zugewiesenen Wohnungen an, stellt aber dem nicht nur die entsprechenden, sondern die gesamten Kosten der Wohnungsämter und des Mietvereins gegenüber. Dazu bemerkt Direktor Bild zutreffend, daß diese beiden Dienststellen in erheblichem Umfange andere Aufgaben zu erledigen haben. So ergibt sich die Haupttätigkeit des Mietvereins aus dem Reichsmietengesetz, nämlich aus den vielen Streitfällen über die Höhe der Friedensmiete und der gesetzlichen Miete. Ferner ist das Mietvereinsamt gleichzeitig Schlichtungsstelle für gewerbliche Räume und Gartengrundstücke. Die Wohnungsämter beschäftigen sich zwar überwiegend mit Aufgaben der Wohnungszwangswirtschaft, aber ihre Tätigkeit als Wohnungsaufsichts- und Wohnungspflegebehörde, als Obdachlosenpolizei und als Verteilungsstelle für Reparaturhypotheken aus Hausbesitzermitteln kann nicht unberücksichtigt bleiben. Es darf auch nicht übersehen werden, daß bei Besatz der Wohnungszwangswirtschaft nach den Bestimmungen des Wohnungsgesetzes

das Wohnungsamt als Wohnungsaufsichtsbehörde und Wohnungsnachweis für Kleinwohnungen erhalten bleiben muß.

Während von Hausbesitzerseite die gesamten, dem städtischen Haushaltsplan für 1928 entnommenen Kosten der Wohnungsämter und des Mietvereins mit 5 1/2 Millionen Mark in Ansatz

gebracht werden, kann nach den vorstehenden Ausführungen nur mit etwa 3 1/2 Millionen Mark Kosten für die Wohnungszwangswirtschaft gerechnet werden. Diesem Betrage muß nun noch der Anteil an den hierin nicht enthaltenen Kosten der allgemeinen städtischen Verwaltung zugeschlagen werden. Hierfür berechnet Herr Schönwandt anscheinend nach einer Zauberformel 3 1/2 Millionen Mark. Er schätzt, ohne anzugeben, auf welcher Grundlage, als Anteil der Wohnungszwangswirtschaft an der allgemeinen Verwaltung 10 Proz. Direktor Bild nimmt dagegen höchstens 1 1/2 Proz. an. Er kommt zu diesem Satz, indem er die Zahlen des in der Wohnungszwangswirtschaft tätigen Personals den Zahlen des gesamten städtischen Personals gegenüberstellt. Hiernach ergeben sich als anteilmäßige Kosten nicht 3 1/2 Millionen, sondern nur eine halbe Million Mark, vielleicht sogar nur eine Viertelmillion Mark.

Als Gesamtkosten der Wohnungszwangswirtschaft kann daher, wie der Vertreter der Hausbesitzer rechnet,

nicht der Betrag von 9 Millionen Mark, sondern nur 3 1/2 Millionen Mark angenommen werden.

Man sieht, daß es den Herren auf eine irreführende Berechnung mit einer Differenz von einigen Millionen nicht ankommt! Nun zu den Leistungen für diese 3 1/2 Millionen. In den Jahren 1927 und 1928 wurden je 37 000 Wohnungen verteilt. Es entfallen daher nicht 300 Mark, wie im „Grundigentum“ errechnet, sondern nur 100 Mark auf jede Wohnungszuweisung oder, wenn die Kosten der Wohnungszwangswirtschaft auf den Kopf der Bevölkerung Berlins umgerechnet werden, jährlich noch nicht eine Mark. Nun wäre es gewiß erfreulicher, wenn

die Kosten der Wohnungszwangswirtschaft für die Neubausförderung verwendet werden könnten.

Aber bis weit in bürgerliche Kreise hinein wird die Auffassung vertreten, daß die öffentliche Wohnungsbewirtschaftung erst wegfallen kann, wenn in ausreichendem Maße Wohnraum zur Verfügung steht. Daß das noch lange nicht der Fall ist, hat die letzte Wohnungsaufnahme ergeben. Sollen wohnungslose Familien mit mehreren Kindern oder mit geringem Einkommen in selbständigen Wohnungen untergebracht werden, so muß auch weiterhin die Verteilung freier Wohnungen durch die Wohnungsämter erfolgen. Oder glaubt der Verfasser des Artikels im „Grundigentum“, daß die Hausbesitzer von sich aus bei der Vermietung freier Wohnungen soziale Rücksichten nehmen würden? Wenn er es annimmt, dann möge er feststellen, wie oft in Berlin Hausbesitzer die Wohnungen erst auf Zwangsmietvertrag hergeben. Es bleibt für jeden vernünftig Denkenden einleuchtend so:

Die Wohnungszwangswirtschaft ist nicht angenehm, aber sie ist notwendig!

Gewässern erfüllt war, blieb der Fischwerder als Insel zurück. Gerade hier ist die Flora von besonderem Interesse und gibt einigermassen ein Bild der ursprünglichen Waldvegetation. Der Ausschuss hat besonders auf die Schönheit des Abhanges, der sich nördlich des Stadions an den Murellenberg anschließt, hingewiesen und einstimmig gefordert, daß das Gelände hier unter keinen Umständen der Bauplanung zum Opfer fallen dürfe. Der Ausschuss hat ferner einstimmig den Bau einer Ruetersiedlung zwischen Lichtamp und Heerstraße abgelehnt und ebenso einstimmig gefordert, daß die schon vor längerer Zeit als Freizeitanlage vorgeschlagenen Gebiete nun endlich als solche ausgewiesen werden. Die Bezirksversammlung trat diesen Beschlüssen einstimmig bei.

Kommunistischer Schwerverdiener!

14 Bezirk — Neukölln.

Nach den beiden aufgelassenen Sitzungen der Bezirksversammlung konnte die letzte endlich in Ruhe tagen. Die in der letzten Versammlung einem Ausschuss überreichten Anträge über Verbesserungsmaßnahmen in den Erwerbslosenverhältnissen kamen von dort zur erneuten Beratung zurück. Der Berichterstatter, Genosse Trudi, konnte mitteilen, daß alle Vertreter einig waren darüber, daß die Zustände in der Zählstelle Hermannstraße 29 geändert und der Rot der Erwerbslosen gesteuert werden müßte. In der Debatte zeigte Gen. Fritz Schulz, wie die Kommunisten im Ausschuss für die Inorganisierung eintraten. Ihr Redner habe auch erklärt, es komme nicht darauf an, ihre kommunistischen Anträge anzunehmen, sondern den Erwerbslosen zu helfen. Wie sehr ihnen die Not der Erwerbslosen am Herzen liegt, habe die letzte Ausschusssitzung gezeigt. Von den drei ordentlichen Vertretern war nicht einer anwesend; nur ein Stellvertreter habe müssen einspringen. Gen. Stadtrat Schneider betonte, daß das Bezirksamt heute schon alles tue, um das Los der Erwerbslosen zu lindern. Wie unbedeutend ihr Antrag auf Kleidung ohne Prüfung sei, bewies er an Hand von Akten, wo fünf Erwerbslose einen Kirchenanzug beantragt hätten. Eine lächerliche Rolle spielte Herr Koch. Er mußte, obwohl er im Ausschuss, wie der Berichterstatter feststellte, nicht gegen den Neubau eines Arbeitsamtsgebäudes und für den Zusatzantrag der SPD. betr. Maßnahmen zur Verringerung der Erwerbslosen festgestellt hatte, widerrufen. Die schwarzweisse Fraktion hatte es befohlen. Die Anträge wurden nach dem Ausschussbericht angenommen. Die Versammlung beschäftigte sich dann mit einem Eingekommen in der deutschnationalen Drispresse, worin gegen die westlichen Schulen gehetzt wurde. Gen. Wittbrodt wandte sich gegen diese Methoden, insbesondere gegen eine Streikschrift, die in lässlicher Weise gegen die republikanischen Behörden gehe. Dr. Bierbach entfuhr in der Hitze des Gefühls der Name des Verfassers der Streikschrift, was den Gen. Wittbrodt veranlaßte, darauf aufmerksam zu machen, daß der Rektor Freitag, der Artikelsschreiber, als er sich um das Rektorat bewarb, es nicht verschmähte, beim Genossen Löwenstein um gut Bettes zu bitten, ihn jetzt aber indiskret beschimpft. Ein kommunistischer Redner entriß sich dann über die Bezüge sozialdemokratischer Mitglieder. Gen. Fritz Schulz erwiderte, daß es in Neukölln einen Kommunisten Kadbach gäbe, der Stadtinspektor, Stabs- und Bezirksverordneter, unbesoldeter Stadtrat in Neukölln und in Berlin und noch Landtagsabgeordneter sei. Erholt und Diäten zusammengerechnet, ergäben auch ein Direktorgehalt. Derselbe Kommunist leistete sich beim Vertagungsantrag noch eine besondere politische Unanständigkeit. Vorher war ein Parteifreund von ihm beim Vorsteher gewiesen und hätte um Vertagung gebeten. Darum kummernte sich der Redner der Kommunisten aber nicht, sondern sie wollten den Trübenerbesuchern gegenüber zeigen, daß, weil noch ein Dringlichkeitsantrag für die Erwerbslosen auf der Tagesordnung stand, weiter getagt werden sollte. Im Grunde des Herzens aber wollten sie nach Hause. Nur durften sie das nicht öffentlich sagen.

Ein Eisfest findet am Freitag, 22. Februar, auf der Städtischen Eisbahn Am Urban statt. Unter anderem wird gezeigt: Schulschnell- und Kunstlaufen, außerdem humoristische Szenen. Im Anschluß hieran folgt Fackelzug und Kistenfeuerwerk.

Aus den Bezirken.

Kommunale Arbeit im Bezirk Mitte.

Die Februarbezirksversammlung beschäftigte sich in der Hauptsache mit einem Ausschussbericht über die Tätigkeit des Bezirkswohnungsamtes beim Abschluß der Bauverträge mit dem Karstadt-Konzern. Genosse Riese erklärte in der Debatte, daß man hier wie bei allen anderen Fragen das Wohl der Gesamtheit vor Augen haben müsse und daß dabei das Wohl einzelner Lebensbesitzer und ähnlicher Interessenten zurückstehen habe. Es sei wichtiger, sich von praktischen Gesichtspunkten leiten zu lassen, als die in hygienischer und verkehrstechnischer Beziehung unmöglichen Zustände in dem jetzt von Karstadt erworbenen Strohviertel, die durch den Neubau beseitigt werden sollen, zu erhalten. Im übrigen wurde von allen Parteien festgehalten, daß das Bezirkswohnungsamt korrekt gehandelt und die Mieter der betroffenen Gebäude nicht benachteiligt hat.

Zu der im Bezirk Mitte durchgeführten Neuregelung des Wohlfahrtswesens, nach der die Anträge auf Sonderunterstützungen durch die beamteten Pfleger und nicht durch die ehrenamtlich tätigen Wohlfahrtskommissionen geprüft werden sollen, wurde beschlossen, diese Regelung zwar beizubehalten, aber von den getroffenen Entscheidungen der Kommissionen Nachricht zu geben. Die sollen das Recht haben, erstmalige Anträge auf Sonderunterstützung anzunehmen und zu prüfen. — Für die Beratung der üblichen Erwerbslosenverträge der Kommunisten wurde ein Ausschuss eingesetzt. Über einen anderen Antrag der SPD, durch den Ragskorn beim Polizeipräsidenten eine Zurücknahme des Demonstrationsverbotes zu erwirken, wurde unter großem Geschrei der Kommunisten ohne Debatte zur Tagesordnung übergegangen. — Schließlich wurde einstimmig beschlossen, aus Vorbehaltsmitteln 2500 Mark zur Einrichtung eines Jugendheims und einer Speisestelle im Hause Walfahrt 18 zu bewilligen.

Der Grunewald als Naturschutzgebiet.

7. Bezirk — Charlottenburg.

Großer Tag im Charlottenburger Rathaus. Volle Tribünen. Schupo in Bereitschaft. Dicke Luft. Sechs Anträge der Kommunisten in Sachen der Erwerbslosen. Der SPD-Apparat hat vorzüglich gearbeitet. Da geht zur Tagesordnung ein Antrag der SPD. ein: „In Uebereinstimmung mit dem am 23. Januar 1929 fast einstimmig angenommenen Antrag der SPD. und SPD. (in Sachen der Erwerbslosen) legt die Versammlung vom 20. Februar die Anträge der SPD. von der Tagesordnung ab und überweist sie dem Berliner Ausschuss für Angelegenheiten der Erwerbslosen als Material.“ Die SPD. tobt. Genosse Kameron sagt in kurzen Sätzen der kommunistischen Theatervorstellung mit der Rot der Erwerbslosen Kampf an. Die Tribüne wird unruhig. Da meldet sich der fast gestellte Kommunist Hesse zum Wort und gibt seinen engeren Kollegen eine gründliche Lektion: Die „Reisbahn“ hätte ja von den Beschlüssen des Berliner Ausschusses bereits berichtet; die wichtigsten Forderungen seien ja bereits angenommen und lämen am Donnerstag zur Abstimmung; das sei ja alles nur Demagogie und Phrasentum! — Wahloberberührung bei der SPD! Der Kommunist Hieber sammelt vor Wort. Die Versammlung beschließt nach dem Antrag der SPD. und die Kommunisten stimmen in ihrer Verwirrung dagegen,

ihre eigene Haltung vom 23. Januar damit verleugend und die eigenen Anträge dadurch charakterisierend! Nun geht's zur sachlichen Arbeit. Für das allgemeine Interesse ist allein die Behandlung der Grunewaldfrage von Bedeutung. Es handelt sich vor allem um das landschaftlich außerordentlich interessante Gelände im Nordwesten. Das ganze Gebiet von dem Rühlener See bis zum Schwarzen Grunde am Murellenberg — so urteilt ein Gutachten der naturwissenschaftlichen Abteilung am Rätischen Museum — müßte als Zeugnis der geologischen Vergangenheit erhalten werden. Ein Spaziergang auf den Höhen gibt einen prächtigen Ueberblick über den Gegensatz zwischen dem stark bewegten Endmoränengebiet und der Ebene des Urstromtales, wo heute die Spree fließt. Dieser ganze Moränenau ist durch herabstürzende Havelwasser unterbrochen worden (Richtung Fischerswerder—Döberlinger Hochfläche), und in der Mitte des alten ehemaligen Haveltales, das zur Zeit des abschmelzenden Eises weithin mit reifenden

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Sonntag, den 24. Februar, vorm. 9 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Verbandshauses, Cinenstr. 63 65

Branchenversammlung der Emailleler.

Tagesordnung: 1. Vortrag 2. Stellungnahme zum Entwurf des Lohn- und Preisverordnungsprojektes. Ohne Mitgliedsbeitrag 10 Pf. Zutritt. Bei der Wählbarkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen dringend erforderlich.

Sonntag, den 24. Februar, vorm. 9 1/2 Uhr, in den Sophien-Sälen, Sophienstr. 11/15

Branchenversammlung der Eisen- und Revolverdreher, Rundschleifer und Drehrinnen.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Änderung des Lohn- und Preisverordnungsprojektes. 2. Lohn- und Preisverordnungsprojektes. Ohne Mitgliedsbeitrag 10 Pf. Zutritt. Das Erscheinen aller ist Pflicht.

Achtung! Badapparate-Klempner

Montag, den 25. Februar, nachm. 8 1/2 Uhr, im Lokal von Lehmann, Jungbotticherstr. 6, Ede-Mustauer-Str. 10

Branchenversammlung aller in der Badapparate-Branchen beschäftigten Kollegen.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Lohn- und Preisverordnungsprojektes. 2. Verhandlung über den Preisverordnungsprojektes. Ohne Mitgliedsbeitrag 10 Pf. Zutritt. Das Erscheinen aller ist Pflicht.

Montag, den 25. Februar, nachm. 8 1/2 Uhr, im Neuföhner Decalinhous, Hermannstr. 11

Branchenversammlung sämtlicher in der Eisenmöbel-Industrie beschäftigten Kolleginnen und Kollegen.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt Pflicht. Die Ortsverwaltung.

Einsegnungsanzüge

Bewährte Qualitäten zu niedrigsten Preisen

Größe 36-43
Kleinere Größen 10% billiger

Anzüge aus dunkelblau. Cheviot. ein- und zweifach 30.-

Anzüge aus dunkelblau. Meltoncheviot, ein- und zweifach 40.-

Anzüge aus reinwollen. dunkelbl. Filzter Cheviot, besonders haltbar 48.-

Anzüge Ersatz f. Maß. a. dunkelbl. Kaumgarne, ein- u. zweifach. 60.-, 65.- 48.-

Prüfungsanzüge moderner Muster Cheviots, Frühjahrsmodell 55.-, 45.- 36.-

Besonders vorteilhafte Angebote in unserer Wäsche-Abteilung

BAER SOHN & CO.

Spezialhaus für Herren- und Jünglings-Kleidung
Berlin N 4, Chausseestr. 29-30



Aus unserer Arbeit.

Kuffieg im 1. Kreis.

Der 1. Kreis (Berlin-Mitte) hatte dieser Tage seinen Kreisdelegiertentag zur Entgegennahme des Jahresberichtes und der Neuwahl des Kreisvorstandes. Die Statutenberatung wurde abgelehnt, weil nicht alle Abteilungen zeitig genug im Besitz des Entwurfes waren.

Genosse Kiege berichtete: Das vergangene Geschäftsjahr war ein Jahr des Kampfes und der Arbeit. Von 2702 Mitgliedern sind wir auf 3437 gestiegen. Am Wahltag erhielt die SPD. 57.801 Stimmen gegen 47.659 im Jahre 1924, das ist eine Steigerung von 12 Prozent. Der erste Kreis konnte seinen alten Genossen Adolf Hoffmann in den Vorstand entsenden. Nun begann die Kleinarbeit: 82 Abteilungs-, 108 Funktionärsvorlesungen wurden abgehalten, daneben 86 Vorklubs und 56 Frauenveranstaltungen. Trotz der Parteifreudigkeit brachte die Werbemaschine einen Gewinn von 337 neuen Mitgliedern. Die Jugend hat es zum eigenen Werbeorgane gebracht, ebenso hat sich die Untergruppe „Kinderfreunde“. Das „gereinigte“ Sportkartell zählt bereits 472 Mitglieder. Durch Gründung der „Freien Schulgemeinde“ sind wir jetzt zu zwei weltlichen Schulen gekommen in der Köpenicker Straße und Eilbichlerstraße.

Der erste Vorschlag fiel wieder auf den Genossen Willi Kiese; 2. Vorsitzender wurde Genosse Bernau; Kassierer Genosse Nagel; Schriftführer Genosse Kuff; als Frauenleiterin wurde die Genossin Hilberg bestätigt, als Vertreterin die Genossin Gerstmann. Zur Kassierer wurde das Lokal „Der Clou“ bestimmt.

Parteierteilung — Charlottenburg.

Auch der Tätigkeitsbericht des Bezirks Charlottenburg zeigt, daß die Berliner Parteiorganisation im letzten Jahr ausgezeichnete Werbeerfolge erzielen konnte. Die Kreisdelegierten von Charlottenburg hielten ihre Generalversammlung im Restaurant Scheelack, Königin-Elisabeth-Straße, ab. Genosse Will erstattete den Bericht des Vorstandes, aus dem ersichtlich war, daß die Charlottenburger Parteiabteilungen im Berichtsjahr 469 neue Mitglieder aufnahmen. Eingehend berichtete er über die wirksame Wahl- und Werbeorganisation des Kreises. Dann berichteten die Vertreter der Unterorganisationen. Die Arbeiterwohlfahrt konnte von einem reichen Arbeitsgebiet berichten. In 432 Fällen konnten die Helfer der Arbeiterwohlfahrt Hilfe bringen. Der Vorsitzende der Freien Schulgemeinde konnte mitteilen, daß die Klassen der weltlichen Schule bereits überfüllt wären, so daß so schnell wie möglich weitere weltliche Schulen eingerichtet werden müßten. Genosse Dr. Weidner gab den Bericht aus der Pressekommission. Ueber den Bericht wurde ausführlich diskutiert. Ein vorliegender Antrag, der die Einberufung einer Funktionärerversammlung verlangte, die dem Magdeburger Parteitag einen Antrag zur Schaffung eines Berliner Blattes vorlegen soll, wurde angenommen. Die Diskussion über den Bericht der Pressekommission wurde vertagt. Einmütig wurde der alte Vorstand wiedergewählt: Genosse Will zum ersten, Genosse Hammer zum zweiten Vorsitzenden; zu Schriftführern die Genossen Heidrich, Kubeck, und zu Kassierern die Genossen Seifert und Jains.

Vorarbeit für den Kommunalwahlkampf.

Der Kreis Kreuzberg hatte am Mittwoch seine Delegierten versammelt, um über das vergangene Partei-Geschäftsjahr den Bericht des Vorstandes entgegenzunehmen. Genosse Schweikardt konnte in seinem Bericht feststellen, daß das Jahr 1928 einen Mitgliederzuwachs von 800 brachte. Der Reichstagswahlkampf war eine harte Arbeit, aber mit den tausenden freiwilligen Helfern haben wir einen ausgezeichneten Erfolg buchen können. Kreisvorstand und Funktionäre haben auch schon jetzt die Vorarbeiten für den Kommunalwahlkampf aufgenommen. Ständige Vortragsabende für die 1950 ehrenamtlichen Helfer im Bezirk und für die 500 Funktionäre sollen eine schlagkräftige Agitationstruppe schaffen. Der Kreisleiter Bock konnte von einem sehr günstigen Kasernenbestand berichten. Nach einer kurzen Diskussion wurde der Kreisvorstand wiedergewählt, und zwar Genosse Schweikardt zum ersten, Genosse Riedke zum zweiten Vorsitzenden, Genosse Bock als Kassierer und als Schriftführer die Genossen Rosenfeld und Ref.

4600 Mitglieder im 5. Kreis.

Im Kreis Friedrichshagen nahmen die Genossen in einer Kreisvertreterversammlung, die von 200 Genossen besucht war, den Jahresbericht für 1928 durch Genossen Buchmann entgegen. Das Agitationsleben war lebhaft, das Organisationsleben gut. Die Mitgliederzahl war am Ende des Jahres 1928 4533, es ergab sich eine Zunahme von 684. Alle Teile der Organisation haben ihr Möglichstes getan. Zu erwähnen ist die erhabende Jubiläumsfeier im Februar. Die Kinderfreundebewegung hat sich neu geordnet. Zwei weltliche Doppelschulen sind bereits vorhanden. Die Zusammenarbeit der SWJ. mit der Partei war gut, acht Gruppen sind vorhanden. Am Dornmünder Jugendtag nahmen 120 Jugendgenossen teil. Die Arbeiten der Fraktion wurden im Interesse der Arbeiterklasse und der übrigen Bevölkerung getan. Interessant war zu hören, daß SPD. und Deutschnationale Partei gemeinsame Wünsche für die Parteiuwahl in der Bezirksverordnetenversammlung hatten. Den Bericht für die Pressekommission gab Genosse Böhner. Die Werbung für den „Vorwärts“ ist immer notwendig. Mit dem Wunsche für erfolgreiche Arbeit der Partei durch den neuen Vorstand schloß der Berichtsfatter. Der Kreisleiter wurde entlastet. Die Kasernenführung war in Ordnung.

Ohne Aussprache erfolgte die Vorstandswahl. Es wurden gewählt: Genosse Buchmann zum 1. Vorsitzenden, Genosse Buwalda zum 2. Vorsitzenden, die Genossen Bey und Gröndler zu Kassierern, die Genossen Bley und Wendel zu Schriftführern, die Genossen Winkelmann, Ulrich, Günther und die Genossin Schreier zu Beisitzern. Genosse Böhner wurde für die Pressekommission vorgeschlagen, die Obleute der einzelnen Teile der Organisation bestätigt.

Wehrproblem und Polizeibeamte.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Polizeibeamten hatte am 14. Februar ihre Mitglieder zu einer Versammlung in das Gesellschaftshaus der Freunde, Potsdamer Straße, aufgerufen. Reichstagsabgeordneter Genosse Franz Künster sprach vor den Polizeibeamten über: Das Wehrproblem. Einleitend ging der Referent auf die Zustände in der Wehrmacht vor und im Kriege ein, um zu zeigen, wie schwierig das Wehrproblem für die Partei sei. Trotzdem müsse es gelöst werden. An Hand von Zahlenmaterial stellte er fest, daß die Reichswehr 8,9 Prozent der Ausgaben des Reichshaushalts verbraucht. Für Beschaffung von Munition werden rund 38 Millionen ausgegeben, der Reichs-Lunstatat, also ein für Beurteilung des wahren deutschen Kulturwillens wertvoller Posten, erhält dagegen nur 15½ Millionen. Für die Unterhaltung des Gaschutzgerätes sind 3½ Millionen notwendig, dem Reichsgesundheitsamt dagegen werden nur 1½ Millionen zur Verfügung gestellt. Der Absatz der Richtlinien der Programmkommission muß entweder verschwinden oder geändert werden, denn die jetzige Fassung wird jeder Militär begrüßen und sich zu eigen machen. Das Wehrproblem muß aber gelöst werden, und zwar entsprechend der jetzigen politischen Verhältnisse, da die Formulierung im Heidelberger Programm nicht ausreichend ist.

In einer regen Aussprache wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Partei, den Militarismus unter allen Umständen ablehnen muß. Für Konflikte müsse der Völkerverbund maßgebend sein und entscheiden. Die Ergänzungsbestimmungen für die Reichswehr

müssen geändert werden und die Soldaten die Konstitutionsfreiheit erhalten. Dem Wehrminister ist ein ziviler Staatssekretär beizugeben. Für äußere Konflikte ist die Reichswehr bestimmt nicht ausgeschloßgebend, und um im Innern Ruhe, Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten, genügt die Polizei. Niemals dürfe der Fall eintreten, wo etwa bei inneren Unruhen das Militär den Oberbefehl habe.

Genosse Künster brachte im Schlußwort seine Freude darüber zum Ausdruck, daß sich auch die Polizeibeamten mit dem Wehrproblem beschäftigen und dazu Stellung nehmen. Wie jetzt die Abrüstung aussieht, ergibt sich am besten aus der Tatsache, daß etwa eine Million Soldaten mehr vorhanden sind als in der Vorkriegszeit und alljährlich 15 Milliarden in der Welt für Militär ausgegeben werden, wovon auf Deutschland 4 Milliarden fallen. Der Krieg ist mit allen Mitteln zu verhindern und dazu gehört, daß man die Wehrmacht vermindert. Mit einem befehlert aufgenommenen Hoch auf die Partei wurde die Versammlung geschlossen.

Den Alten!

Zweihundertzwei Jubilare — 89 Männer und 3 Frauen — konnten an der Festtafel, die die 43. Abteilung zu Ehren ihrer Veteranen errichtet hatte, Platz nehmen. Unter ihnen wußte auch das Geburtstagskind Gottfried Schulz, der seinen 80. Geburtstag begehen und auf eine 63jährige Parteimitgliedschaft zurückblicken konnte! Nach musikalischen Darbietungen, Gesangseinlagen des Solo-Quartetts der Freidenker, sprach ein Jugendgenosse den Prolog für die Alten. In seiner Ansprache umriß Genosse Karl Litzke in knappen Zügen das Bild der Arbeit, die die Jubilare in 25 und mehr Jahren für die Partei in ungenügender Weise geleistet haben und überbrachte den Dank des Bezirksvorstandes, der 43. Abteilung und der sozialistischen Mitglieder des Bezirks-Kreuzberg. Für die Jubilare dankten Schulz und Königs. Ein Theaterstück, gespielt von Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiter-Jugend, Gruppe Hasenheide, beschloß den offiziellen Teil des Abends.

Jungsozialisten und Todesstrafe.

Die Jungsozialisten hatten sich in der Stadthalle zu einer Kundgebung gegen die Todesstrafe eingefunden. Genosse Dr. Kurt Rosenfeld hielt das einleitende Referat, Genosse Beierle las aus Andrejew's „Sieben Geboten“. In großen Zügen zeigte Rosenfeld die Entwicklung der Todesstrafe und den Kampf auf, der gegen sie seit dem 17. Jahrhundert, angefangen mit dem Italiener Beccaria, geführt wurde. Die Sozialdemokraten haben klipp und klar erklärt: Das neue Strafgesetzbuch steht und fällt mit der Abschaffung der Todesstrafe. Wir können bereits jetzt

gewissermaßen von einem Siege sprechen. Die letzten Bestimmungen im Strafgesetzbuch haben den Anhängern der Todesstrafe eine so große Schlappe beigebracht, daß ihre Hoffnungen, im neuen Strafgesetzbuch die Todesstrafe zu sehen, als erschüttert betrachtet werden können. Der Entwurf zum neuen Strafgesetzbuch, der trotz aller seiner Mängel in vielen Punkten von dem Gedanken der Besserung durchdrungen ist, widerspricht der Besserungs-idee vollkommen, falls man die Todesstrafe beibehält. Ihre Anhänger berufen sich immer noch auf die Abschreckung und auf das Volkswohlsein, das angeblich den gesetzlichen Mord an Menschen als Sühne fordere. Der Redner wies an einer großen Reihe von Tathaten nach, daß die Todesstrafe nie abschreckend gewirkt hat. Andererseits zeigte er, besonders an den Beispielen Sachens und Jassens, daß die Abschaffung und Nichtanwendung der Todesstrafe noch nie zu einer Steigerung der Morde geführt habe. Er schloß mit einem Appell, den Arbeiten des Strafrechtsausschusses das größte Interesse entgegenzubringen. Der Vortrag der „Sieben Geboten“ durch den Genossen Beierle ließ wieder einmal mit ganzer Schärfe die Ungeheuerlichkeit des gesetzlichen Mordes an den Römischen empfinden.

Von der Pionierkaserne zum Kino.

Bereits im vorigen Sommer wurden die Absichten der „Stern“-Dampfergesellschaft bekannt, das unbemittelte Gelände der ehemaligen Pionierkaserne, Köpenicker Straße 12/14, wirtschaftlich zu erschließen. Inzwischen sind bereits über 150 Auto-unterstellplätze geschaffen, während an umfangreichen und modernen Tankanlagen gearbeitet wird und für weitere etwa 200 Garagen die Pläne ausgearbeitet und den Behörden zur Genehmigung eingereicht sind.

Wie die Direktion der Sterngesellschaft mitteilt, ist es ihr gelungen, verschiedene wichtige Verträge abzuschließen, die die Gesamtausschließung des Pionierkasernengeländes sowie die geschäftliche Belebung der ganzen Umgebung außerordentlich fördern sollen. Vor einigen Tagen wurden die Verträge mit einer Kinounternehmergruppe getätigt, so daß nach Erledigung der erforderlichen Verhandlungen mit den zuständigen Behörden das angeblich größte Lichtspieltheater des Südostens in Angriff genommen wird.

Die Arbeitsgemeinschaft für Fortschritt und Naturkunde e. V. hält am Sonntagabend, 23. Februar, abends 8 Uhr, im Friedrichshof, Berlin-Friedrichshagen, Friedrichstr. 55, ihre Jahreshauptversammlung ab. Nur ordentliche Mitglieder sowie die bevollmächtigten Vertreter der korporativ angeschlossenen Organisationen haben Zutritt. Im Anschluß an die Jahresversammlung wird gegen 9½ Uhr Herr Professor Dr. Reinhard Strecker einen Vortrag halten über „Naturschutz als soziale Pflicht der Gegenwart“. Gäste sind hierzu herzlich eingeladen. Unkostenbeitrag für Gäste 0,20 Mark.

Zeit, Mühe und Gas erspart

und doch eine köstliche Speise
auf dem Mittagstisch —
Quäker Rapidflocken

Das Problem der modernen Hausfrau: „Wie bringe ich in kürzester Frist ein nahrhaftes, schmackhaftes und doch billiges Gericht auf den Tisch, das alle Familienmitglieder gerne mögen?“

Jetzt mit Quäker Rapidflocken sparen Sie Zeit, Arbeit und Feuerung. Ihr Speisezettel erfährt eine wohlgeschmeckende, nahrhafte Bereicherung — schnell tafelfertig — in nur 3 bis 5 Minuten!

Herrliche, vollreife, goldgelbe Körner — sie bersten fast aus ihrer Schale, sonnengetränkt, reich an Vitaminen, Proteinen und Kohlehydraten — erhalten den Körper kraftvoll, widerstandsfähig, schlank und geschmeidig.

Sauber im Karton verpackt, kein Verstauben mehr, frei von Spelzen. Jede Speise wird schmackhafter und nahrhafter durch einen Zusatz von Rapidflocken.

Verlangen Sie auf einer Postkarte eine Gratisprobe, oder fragen Sie Ihren Kolonialwarenhändler nach der 1-Pfund- oder 1/2-Pfund-Packung mit dem Gutschein für schwervergilbertes Besteck.

Suppen und Gemüse mit Quäker Rapidflocken gewinnen an Nährwert



Rezept

Kraftsuppe. In 30 g zerlassene Butter werden 75 g Quäker-Rapidflocken gerührt, etwas anrösten lassen, 1½ Liter Fleischbrühe nach und nach hinzugeben. Mit Muskatnuß, fein geschnittener Petersilie auf gerösteten Semmelwürfeln schnell anrichten.

Anschneiden! Einmalen!

Quäker Nahrungsmittel-Gesellschaft m. b. H. Abt. BV. 3
Elsen (Bezirk Düsseldorf)

Bitte senden Sie mir sofort
eine Gratisprobe Rapidflocken.

Name: _____
Adresse: _____



Quäker Rapidflocken